

Volksrecht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung



Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expediton Flurstraße 4/6, Matthesstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließl. Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, E. Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle, Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter.

12 Pf. Anzeigen unter 10 Zeilen und Wohnungsangeboten für die nächste Nummer 4/6 oder in der Zweifelhalsstraße 217/39, Redaktion Nr. 212/36, Breslau, a und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Einzelnnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 7. Dezember 1932

Nr. 287

Die Nazis sind windelweich und retten Schleicher

Der Reichstag tagt

Goering Präsident — Gegen die Kommunisten wird Löbe dritter Vizepräsident — SPD. befreit Nazi-Bombenwerfer und -Mörder — Diese Verbeugung Goerings vor der Demokratie — Nazis für die Regierung Schleicher — SPD. für sofortige Beratung der Winterhilfe und der Misstrauensanträge

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Bericht.) Das Reichstagsgebäude war am Dienstag in weitem Umkreis abgesperrt. Die Abperrung wurde strenger gehandhabt denn je. Die Nationalsozialisten, die früher stets über diese Abperrung des Parlaments von der Volkswahl gehöhnt haben, sind jetzt sehr damit einverstanden. Sie halten ja den Präsidentenposten befestigt. Duhenbe Nationalsozialisten gingen mit Sammelbüchern durch die Scharen und bettelten „Für den Kampfschatz“. Der Erfolg war gering. Schlechte Konjunktur für die Nazis. Im Betteln macht ihnen die Heilsarmee erfolgreich Wettbewerb. In die für die Verhauchthilfe aufgestellten Sammelbücher der Heilsarmee fallen viel öfter Groschen als in die Sammelbücher der Heilsarmee Wolf Sitters.

Die Nationalsozialisten waren wieder in voller Uniform erschienen. So wurde deutlich, daß der braune Fled im Sitzungssaal durch die letzten Wahlen schon merklich kleiner geworden ist. Aus dem Vorhang hinter dem Präsidentenstuhl tauchte ganz unbemerkt der Alterspräsident General a. D. von Lohmann auf. Seine Fraktion mußte erst angefragt werden, ehe sie in die vorgeschriebenen Heilrufe ausbrach. Die Kommunisten antworteten mit „Nieder! Nieder!“ Beiderseits ist das Gebrüll mit Heil und Nieder aber gemühtlich.

General Lohmann redet. Er ist 82 Jahre alt; körperlich wohl erhalten. Reden des Alterspräsidenten pflegt man keiner scharfen Kritik zu unterziehen. Immerhin: so etwas an geistigem Verfall dürfte der Reichstag noch niemals bei einem Alterspräsidenten erlebt haben. Lohmanns Rede hatte zwei Abschnitte. Erstmals feierte er den guten Adolf Hitler als berechtigtsten Retter des Vaterlandes, dem der Reichspräsident nicht erlaube, die Messiasarbeit für das deutsche Volk zu leisten. Im zweiten Teil sprach offensichtlich alte Generalseifer gegen den einseitigen Kameraden und obersten Heerführer durch Lohmann schleuderte gegen Hindenburg Vorwürfe, die nach den Ehrbegriffen der Diszipliner eigentlich zu einem Zweikampf führen müßten. Über dazu sind erstrecktlicherweise beide Herren zu alt. Auch Rücksicht auf auswärtige Mächte war der Alterspräsident seinem Generalskollegen auf dem Präsidentenstuhl des deutschen Reiches vor. Hier schämte der Patriotismus unserer Kommunisten auf. Sie schimpften die Nationalsozialisten Vaterlandsverräter und erinnerten an deren Preisgabe Südtirols. Der Alterspräsident endete so lang- und langlos, daß seine Fraktion verzagt, ihm Beifall zu zollen. Anschließend erhob sich einer der provisorischen Schriftführer, der ein Schreiben des Reichskanzlers über dessen Bestallung und die Befehle seines Kabinetts verlas. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 566 Abgeordneten. Das Haus ist also beschlußfähig.

Die Nationalsozialisten beantragten die sofortige Freilassung von zwei inhaftierten Abgeordneten; die Kommunisten verlangten dasselbe für drei ihrer Fraktionskollegen. Abg. Dittmann (Soz.) sagte zu, daß die Sozialdemokratie für die sofortige Freilassung der Kommunisten eintrete, weil es sich hier um literarischen Hochverrat und um den Vertrieb von verbotenen Schriften handele. Dagegen handele es sich, wie er informiert sei, bei den Nationalsozialisten um einen Abgeordneten, der in Eberfeld aus einem Auto geschossen und ein junges Mädchen getötet habe und deshalb wegen Totschlags unter Auflage stehe. Der andere nationalsozialistische Abgeordnete sei einer der Schleswig-holsteinischen Bombenleger. Er beantragte, daß diese beiden nationalsozialistischen Fälle dem sofort zu bildenden Geschäftsausschuß überwiesen würden. Ohne Nachprüfung könne die Sozialdemokratie nicht für den nationalsozialistischen Antrag stimmen. Sofort meldete sich der nationalsozialistische Abgeordnete Fried, um Widerspruch gegen die Freilassung auch der kommunistischen Abgeordneten zu erheben. Der Alterspräsident in seiner Hilfslosigkeit machte keinen Unterschied zwischen den Anträgen. Es wurde dadurch die Freilassung auch der kommunistischen Abgeordneten verhindert.

Die Kommunisten veruchten zunächst durch dauernde Zwischenrufe im Chor die Wahl des Präsidenten zu verhindern. Bald aber gaben sie diese Sabotage auf. Der Nationalsozialist Fried schlug als ersten Präsidenten wieder den Reichstagsabgeordneten Goering vor. Die Deutschenationalen stellten als Gegenkandidaten ihren Fraktionskollegen Graf vor, was erneut die Klust zwischen Hugenberg und Hitler aufzeigte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann erklärte, daß die Sozialdemokratie nur einen Präsidenten wähle, der zur Wahrung der Rechte des Reichstags auf Grund seiner Überzeugung geeignet sei. Die Nationalsozialisten hätten sich immer wieder als unzulässige Gegner des Parlaments gezeigt. Die

Sozialdemokraten schlugen den bewährten langjährigen Präsidenten Paul Löbe vor. Nun gab es ein komisches Zwischenpiel. Die Kommunisten proklamierten als ihren Kandidaten den Reichstagsabgeordneten Torgler. Der Kommunist Nadel erklärte, daß die Kommunisten in einem etwaigen zweiten Wahlgang aber für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Paul Löbe, stimmen würden. Das war nur ein Manöver, weil mit einem zweiten Wahlgang nicht gerechnet werden konnte. Das Täuschungsmanöver wurde aber noch klarer, als Nadel zu einer wüsten und wilden Schimpfsprache gegen die Sozialdemokratie ausholte.

Die Wahl des ersten Präsidenten ergab 278 Stimmen für Goering, 128 für Löbe, 92 für Torgler, 51 für Graf, gesplittert waren 3, ungültig 13 Stimmen. Goering ist somit gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten schlug der Nationalsozialist Fritz den Zentrumsmann Esser vor. Löbe meldete sich zum Wort und sagte, der Präsident Goering habe so ausgezeichnet für die Demokratie gesprochen, daß die Sozialdemokratie ihm zu Hilfe bei der Wahrung der demokratischen

Rechte und der Verfassung von Weimar einen bewährten republikanischen Parlamentarier an die Seite stellen wolle, nämlich den Zentrumsmann Esser. Die Wahl ergab, daß Esser mit 445 Stimmen von insgesamt 534 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden ist, 93 Stimmen sind auf den kommunistischen Abgeordneten Torgler entfallen.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten schlug die Sozialdemokratie Paul Löbe vor, weil hier nach der parlamentarischen Konstellation die einzige Möglichkeit war, einen sozialdemokratischen Vertreter ins Präsidium zu entsenden. Aus hatten die Kommunisten Gelegenheit, sich zu entscheiden, ob sie ein marxistisches Präsidium haben wollten oder nicht. Im ersten Stimmengang erhielten Löbe 188, der Bayerische Volksparteiler Rauch 195, Torgler 93 und der Deutschnationale Graf 98 Stimmen. Wie zu erwarten war, beruhte die kommunistische Taktik auch hier wieder auf der Lösung: „Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie.“ Die Kommunisten stimmten auch in der Stichwahl für Torgler, so daß hier 95 Stimmen ungültig wurden. Gewählt wurde mit 255

Die Sozialdemokratie für die Notleidenden

Die neuen Anträge der SPD-Fraktion im Reichstag — Wiederherstellung der Arbeitslosenunterstützung, Erhöhung der Sozialleistungen und ausgedehnte Winterhilfe verlangt — Antrag auf Amnestie, auch für die am Berliner Verkehrsstreik Beteiligten — Aufhebung der Terrornotverordnung beantragt — Ebenso die Aufhebung der Sondergerichte — Auch Aufhebung der Aktion gegen Preußen verlangt

Am Dienstag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch eine Reihe von Anträgen und Initiativgesetzentwürfen ausgearbeitet und sofort im Reichstag eingebracht.

Zunächst wird die Auserkennung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohnlasten der Gemeinden, der Notverordnung vom 4. September zur Belebung der Wirtschaft und der Notverordnung vom 3. September zur Vermehrung der Arbeitsstellen verlangt. Für den Fall der Ablehnung dieser Anträge sind Eventualanträge eingebracht worden, wenigstens einige Teile dieser Notverordnungen aufzuheben.

Weiter wird ein Initiativgesetz über Erhöhung der Sozialleistungen beantragt. Dieser Entwurf sieht vor, daß die Arbeitslosenunterstützung die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen, die Sozialrenten und die Kriegsverlorenen auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juni gebracht werden sollen. Die dazu notwendigen Mittel soll das Reich den Gemeinden überweisen und zwar aus neuen Steuern und Monopolen.

In einem anderen Initiativgesetzentwurf über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung wird die unentgeltliche Abgabe von Brot und Kohle sowie die verbilligte Abgabe von Fleisch an Empfänger von öffentlichen Unterhaltungen und Renten verlangt. Die Mittel für die Brotverteilung soll das Reich den Gemeinden aus den Mehrerträgen der Treibstoffzölle bei Aufhebung des Beimischungszwanges überweisen, der Mittel für die Kohlenbelieferung aus der Neuerhebung der Ausgleichsabgabe für Mineralöle, die Mittel für die Fleischbelieferung aus den Marktlieferungsüberschüssen des Reichsernährungsministeriums.

Schließlich hat die sozialdemokratische Fraktion noch einen umfangreichen Initiativgesetzentwurf über planmäßige Arbeitsbeschaffung samt Finanzierungsmaßnahmen angebracht, der auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Gemeinden vorsieht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat außerdem außer ihrem Misstrauensantrag gegen das Kabinettsamt von Schleicher auch bereits einige Initiativgesetzentwürfe im neuen Reichstag eingebracht.

Der wichtigste ist ein Gesetzentwurf über Strafrecht, der nur mit der für Verfassungsänderungen not-

wendigen Zweidrittelmehrheit zustandekommen könnte. Nach diesem Entwurf soll Straferlaß gewährt werden für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder im Zusammenhang mit kollektiven Wirtschaftskämpfen begangen worden sind. Darunter würden auch die Strafen fallen, die von den Berliner Sondergerichten wegen der Ausschreitungen beim letzten Verkehrsstreik verhängt worden sind. Ferner soll Straferlaß gewährt werden wegen Taten, die aus wirtschaftlicher Not begangen worden sind, falls die Strafe nur in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten besteht. Unhängige Strafverfahren sollen eingestellt, neue nicht eingeleitet werden. Die Amnestie soll nicht gelten für den Verrat militärischer Geheimnisse und für Landesverrat, ferner nicht für Verbrechen gegen das Leben und gegen das Sprengstoffgesetz.

Ein anderer sozialdemokratischer Initiativgesetzentwurf verlangt das Auserkennung der Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 und des Kap. 1 (Vereinbarung und Exzess) des VI. Teils (Rechtspflege) der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Ein weiterer Initiativgesetzentwurf über die Aufhebung der Sondergerichte fordert das Auserkennung des Kap. 2 des VI. Teils der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 über Sondergerichte und der auf Grund dieser Verordnung erlassenen Verordnungen der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August. Die bei den Sondergerichten anhängigen Verfahren sollen in das ordentliche Verfahren übergehen, auch wenn die Hauptverhandlung bereits begonnen hat. Sondergerichtsverfahren nach dem sozialdemokratischen Antrag binnen eines Monats abgeschlossen werden. Der in Haft befindliche Verurteilte ist über dieses Anfechtungsrecht zu beschreiben, für ihn beginnt die Zeit erst mit dem Tode der Bekämpfung. Die Folge soll eine neue Hauptverhandlung vor dem zuständigen ordentlichen Gericht sein. Auf Antrag des Verurteilten ist dann auch die Strafkammerung zu unterbrechen.

Schließlich hat die sozialdemokratische Fraktion noch folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag verlangt gemäß Artikel 48 Abs. 3 der Reichsverfassung die Wählung der Verordnungen des Reichspräsidenten betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20. Juli 1932.

gegen 200 Stimmen, die auf Löbe entfielen, der Bayerische Volkspartei... Nach toller wurde die Hilfsleistung der Kommunisten für die kapitalistischen Parteien bei der Wahl des dritten Reichspräsidenten... Die Nationalsozialisten wie ein Speer auf den Namen einer Arbeiterpartei als Vizepräsidenten den Volksparteier Dr. Hübner vor, einen der reaktionärsten Kandidaten, die es in Deutschland gibt...

Unter etlichem Heil-Geschrei der Nationalsozialisten bestieg Goering den Präsidentenstuhl. Seine Antrittsrede war formal so demokratisch, daß die Sozialdemokraten wiederholt in ironische Beifallsrufe ausbrachen. Goering wandte sich dagegen, daß man das Parlament herabzumürdigen versuche. Das Parlament sei heute die einzige Stelle, wo der Wille des Volkes gehört werden könne. Die Regierung haben alle getan, um die autoritäre Staatsführung zu unterhöhlen...

Nach der Wahl des Präsidiums wiederholten die Kommunisten und die Nationalsozialisten ihre Anträge auf Haftentlassung von insgesamt fünf Reichstagsmitgliedern, darunter ein nationalsozialistischer Totschläger und ein nationalsozialistischer Bombenwerfer. Die Sozialdemokratie verlangt getrennte Abstimmung, weil sie zwar für die Freilassung der Kommunisten, nur wegen geistigem Hochverrat inhaftierten Abgeordneten ist, nicht aber verantworten kann, daß nationalsozialistische Bombenleger und Totschläger wieder auf die Menschheit losgelassen werden...

Eine lebhaftige Aussprache entwickelt sich zur Frage, was auf die Tagesordnung der zweiten Sitzung gebracht werden soll. Die Sozialdemokratie läßt durch Löbe fordern, als ersten Punkt auf die Tagesordnung am Mittwoch zu setzen: Erklärung der Reichsregierung, daran anschließend die sozialdemokratischen Anträge auf Arbeitsbeschaffung, auf Winterhilfe, auf Erhöhung der sozialen Leistungen und auf Sparwirtschaft. Löbe appelliert an die Parteien des Hauses. Sie hätten alle ihren Wählern versprochen, rasch etwas zur Vinderung der Not zu tun...

gelehnt. Daß die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Tagesordnung vernünftiger ist, ergab sich aus dem Umstand, daß die Kommunisten trotz ihrer Schimulerei nun für den üblichen Sozialisten Kandidaten. Auch dieser stand aber keine Mehrheit. Mit den Parteien der Mitte stimmten auch die Nationalsozialisten dagegen, daß auf die Mittwochssitzung schon die Abgabe einer Regierungserklärung des Kabinetts von Schleicher und die Beratung der sozialpolitischen Anträge auf Aufhebung von antisozialen Notverordnungen gesetzt wurden...

So hatte diese erste Reichstagsitzung des neuen Parlaments schon mancherlei politische Affären das Ergebnis. Die Kommunisten erwiesen sich als Siffmannschaften für die Herbeiführung eines margineischen „Stadiums“, Treibend mühte ihnen diese Hilfe nichts. Löbe wurde an den Re gewählt. Die Nationalsozialisten zeigten sich als windelweiche. Sie sind auf dem besten Wege, sich zu einem Anhängsel der bürgerlich-kapitalistischen Parteien zu entwickeln. Den Weg zur Tolerierung des Schleicher-Kabinetts haben die Nationalsozialisten dadurch beschritten, daß sie die sofortige Zusammentretung des Parlaments mit der Reichsregierung verhindern haben...

Auf der Tagesordnung der Sitzung am Mittwoch steht nun zunächst der nationalsozialistische Antrag auf Errichtung einer Stellvertretung für den Reichspräsidenten im Falle von dessen

Behinderung. Es scheint, daß der Reichstag mindestens einen Anlauf zur sachlichen Arbeit nehmen kann. Mehr läßt sich über das Schicksal dieses Parlaments nach seinem ersten Sitzungstag nicht sagen.

Die Deutschnationalen loben

weil ihr Graef nicht Vizepräsident wurde

Die deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht zu der gekrönten Wahl des Reichspräsidenten ein demütigendes Erklärung, in der den Nationalsozialisten vorgeworfen wird, daß sie die Wahl des Sozialdemokraten Löbe ermöglicht hätten und es von dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei heißt, daß sie ihre Wahl gebrochen hätten, indem sie entgegen ihren Erklärungen nicht den deutschnationalen Kandidaten Graef stimmten. Die Erklärung dieser Erklärung ist der Durchfall des Herrn Graef. Das Ziel der Deutschnationalen war, das Reichspräsidentenamt margineisch zu halten. Statt dessen ist es von Deutschnationalen rein geblieben.

Die Nazis kuscheln vor Schleicher

Die Nazis zur Tolerierung Schleichers bis Mitte Januar bereit

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Bericht.)

In der Nazi-Presse ist seit Tagen zu lesen, daß die Hitler-Partei gegen die Schleicher-Regierung in schärfster Opposition treten wird. Das Gegenteil ist richtig. Die Nationalsozialisten haben sich bereit erklärt, am Freitag mit den bürgerlichen Parteien für eine Vertagung des Reichstags bis Mitte Januar zuzustimmen. So wird der Schleicher-Regierung durch die Nationalsozialisten und nur durch sie das Leben ermöglicht. Ihr Geschrei von dem schärfsten Kampf ist ein plumper Schwindel. Vor seiner Vertagung wird der Reichstag nach den Vereinbarungen im Kabinettsrat noch die Amnestie-Anträge erledigen. Die sozialdemokratischen Anträge zur Einführung einer Winterhilfe und auf Aufhebung mehrerer Notverordnungen werden voraussichtlich den zuständigen Ausschüssen überwiesen, insbesondere die Nationalsozialisten haben

erkennen lassen, daß sie an einer sofortigen Erledigung dieser dringenden Anträge keinerlei Interesse haben.

Berlin, 7. Dezember. (Eig. Fundbericht.)

Die Reichspresse bekräftigt heute, daß zwischen den bürgerlichen Parteien und den Nationalsozialisten eine zunächst noch unverbindliche Übereinkunft erzielt worden sei, nach der das Parlament in der Form vertagt werden soll, daß der Präsident am nächsten Tag, im Einvernehmen mit dem Kabinettsrat die neue Sitzung anzuberaumen. Die Regierung ihrerseits hofft, daß der Reichstagspräsident diese Sitzung nicht vor dem 10. oder 17. Januar ansetzen werde, und damit der sogenannte Winter-Waffenstillstand automatisch eintrete. Allerdings werden auch auf der rechten Ueberrassungen nicht für ausgeschlossen gehalten.

Der Wahlsieg der belgischen Sozialdemokratie

Sie gewinnen im Senat zehn Mandate

Auf Grund des Gesamtergebnisses der belgischen Provinzialwahlen läßt sich nunmehr die Zusammensetzung des neuen belgischen Senats mit ziemlicher Sicherheit feststellen. Im Lichte dieses Ergebnisses nimmt der sozialdemokratische Erfolg bei den Parlamentswahlen die Ausmaße eines glänzenden Sieges an. Die Sozialdemokraten gewinnen im Senat zehn Mandate, die Katholiken vier, die Liberalen verlieren fünf und die flämischen Frontpartei drei Mandate. Bei den direkten Wahlen zum Senat gewinnen die Sozialdemokraten drei Sitze, auf Grund der Provinzialwahlen fünf Sitze und durch diese beiden Gewinne haben sie Anrecht auf eine Vermehrung ihrer Senatsmandate um weitere zwei Sitze.

den dringenden Vorhaben, daß Senats nur drei Kameraden befristet worden ist. Die drei SA-Deute sind seitdem jenseits verschwunden.

Nazi-Heberfall auf SPD-Sekretär

In Ansbach an eine öffentliche Sprechstunde der Arbeiterwohlfahrt in Sternsburg, zu der sich etwa 150 ländliche Arbeiterinnen und Arbeiter eingefunden hatten überfiel eine Nazi-Bande den sozialdemokratischen Parteisekretär Döls, und brachte ihn schwere Wunden an der rechten Schläfe bei. Der Schläger konnte festgehalten werden.

Trocki auf der Rückreise

Trocki hat auf der Rückreise von Dänemark nach der Türkei am Dienstag Vormittag Paris passiert. Bei seiner Landung in Dänkirchen demontierte er das Interview, das ein Reporter des „Petit Journal“ in Paris von ihm erhalten haben will und das schallige Meinungen über Stalin enthält. Er habe, so fügte Trocki hinzu, auf der Reise keine mündlichen Interviews gewährt, sondern nur schriftliche Erklärungen abgegeben.

Suche nach dem SA-Feme-Mörder

Auf Veranlassung der Dresdener Staatsanwaltschaft wurde am Dienstag die Talpferre in Maltz bei Dresden nach der Leiche des seit dem 4. November verschwundenen Dresdener SA-Mannes Dentsch durchsucht. Die Leiche konnte nicht gefunden werden. Es besteht

Wahn-Europa 1934

Von Hanns Golsch

Deutsche Rechte: Fackelverlag, Hamburg-Bergedorf
9) (Nachdruck verboten)
„Man halbiert die Schuld“, schlägt lächelnd der Deutsche vor. „und die Waage wird ungleichmäßig sein.“ Die Einfachheit der Lösung verblüfft. Der Engländer zieht daraus die praktische Rubrik: „Der Rat gibt Belgrad und Tirana auf, ihre Grenzabteilungen zehn Kilometer hinter die Grenze zurückziehen.“ Der Franzose hat Bedenken, diese Zumutung scheint ihm für den Belgrader Freund zu hart. Der Deutsche weist in unerwarteter Gerechtigkeitssinn den Kopf. Ein Schuß über die Grenze ist nicht weniger feindselig als der Eintrag einer geschlossenen Abteilung, reza juristisch betrachtet.“ Es ist zum Verzweifeln. Die Stimmung wird unrühmlich. Und jetzt kommt noch der heillosste Punkt: das Ultimatum Roms an Belgrad! Bitte, in vier Stunden läuft die Frist ab! Ueber dem Genfer See beginnt schon der Morgen heranzuziehen. Unentdeckt bleibt die erlösende Formel. Im Schoße des Rates klaffen die Gegensätze auf, auch liebenswürdigster Wille überbrückt sie nicht. Endlich nach vier Stunden stehen zwei feierliche Noten auf dem Papier. Die eine, für Belgrad und Tirana odnet an: Beide Regierungen ziehen die Grenztruppen zehn Kilometer hinter die Grenzlinie zurück, enthalten sich jeder feindseligen Handlung und entsenden je drei Sachverständige nach Genf, um die Verhältnisse klarzustellen. Die für Rom bestimmte Note enthält eine vorzüglich gehaltene Aufforderung: Zur Überwindung der drei Krisen. Auf Rom soll drei Sachverständige schicken, kurz vor acht Uhr verlassen die Noten den Genfer Seeufer. Genf bracht, der Teufel schreit! — Sieben Uhr dreißig morgens waren zwei italienische Marine-Mieter von Durazzo aufgezogen. Die albanische Regierung sollte den italienischen Gesandten übergeben, ihr die Verbindung mit ihren Grenzabteilungen im Norden zu vermitteln, die mangelnde Telefon- und Telegraphen für Tirana raschen aus der Welt zu werfen. Die Mieter sollten dem albanischen Kommandanten nochmals einschärfen, keinen Schuß aus den Händen herauszulassen. Man war in Tirana ängstlich geworden.

Die Mieter hatten es verdammt schwer, von oben die unsichtbare Grenze zu erkennen. Die Karten waren unzuverlässig, der Rebel zwang, tief zu fliegen. Und dicht an der Grenze mußte gesonnen werden, sonst waren die albanischen Grenzer überhaupt nicht zu erspüren. Die Mieter mühten in ihren Befehl herunterzuwerfen. Heberlos nun der vordere der Mieter südliches Gebiet oder kam es den Südländern nur so vor oder zogen die italienischen Beobachter die südlichen Soldaten an wie rote Tücher den Stier? Kurz: Salven aus Gewehren und Maschinengewehren rauschten in die Luft, Geschütze besten. Das Flugzeug stürzte, sich mehrmals überschlagend, auf den Felsenhang. Der zweite, im Rebel zurückgebliebenen Mieter konnte sich durch schnelle Flucht der Verhängnis entziehen. Der Feuerüberfall hatte an wie die Best. Die Albanier schossen wie Berrichte. Von drüben antworteten Maschinengewehre. Dazwischen hallierten die südlichen Geschütze. Und ebenso plötzlich, wie der Höllenlärm begonnen, vertraucht er wieder. Der zurückgebliebene Mieter alarmierte die Italiener in Durazzo, der Dracht meldete das angeblich feindliche Verhalten der Mieter nach Belgrad. Tragische Verstrickung von Zufall, Willfür und Leidenschaft. Die Mieter hatten Befehle des Friedens überbringen sollen; sie gaben ohne Abicht das Signal zu awed-losen Mittergelehen. Um diese Zeit ist in Washington noch Nacht. Einmal war Brandt aus dem Schlaf aufschauen. Er glaubte, aus großer Höhe zu fliegen. Er träumte, daß der „Seltos“ von der Erde her abgeschossen wurde. Ganz deutlich fühlte er sich in die Tiefe lassen. Kein, es war alles in Ordnung. Er schielte hier friedlich im gartlichen Zeit der französischen Hofstaat. Reinabe Semaltboden! — Aber er konnte lange nicht wieder einschlafen. Brandt lag mit offener Augen, Lichter auf den Stud des Mieters. Über den der Rom grüne Lichter warf. Die beiden diffizilen Jungerheute hatte er klar und gut abgefaßt: den einen an den französischen Gesandten in Belgrad, den anderen an Herrn Senat Rice nach Paris. Der französische Gesandte in Belgrad hatte sein Name Bellung. Das Belgrader Kabinett sollte verbleibendes der römischen Aufforderung nachkommen und Albanien freigegeben. Wenn nur der Gesandte richtig darauf hinweisen müßte, daß es nobler und würdiger sei, eine Sanftmütigkeit rechtzeitig abzubrechen, als zu spät mit dumpfen Schindeln vor ausgelagerten Türen zu stehen. Der andere Jungerheute, an Saint Eric, bewegte sich in ähnlichen Gedankengängen und endete: „Dürft nichts prozozieren lassen! Keine Piraten von Erde und

vitalstem Interesse Frankreichs! Frankreich hat nur ein Interesse: sich durch Krieg nicht selbst zu vernichten! Keine Aufweidung der nationalen Intimität zulassen! Presse an die Kanbare nehmen! Keinesfalls Belgrad freigegeben und aufmuntern! Ja nicht Cavonni übertrumpfen wollen!“ Brandt warf sich im Bett hin und her. Schlafen! Nervenskraft sparen! Nicht mehr denken! Vielleicht müßte der „Seltos“ heute abend wieder isprechen! In dieser Nacht haben auch die Belgrader Minister gewacht. Roms Ultimatum hatte alle Berechnungen über den Hausen gemorfen. Der König hatte seit drei Uhr morgens alle Viertelstunden beim Minister-General angeklungen. Halb sechs endlich kam der französische Gesandte und überbrachte das, was ihm Minister Brandt von Washington her aus Fern gelegt hatte. Die Gesandten der Belgrader Herren wurden zulebends länger. „Ihr Minister verlangt also nicht mehr und nicht weniger als unsere bedingungslose Unterwerfung unter Roms Gebot!“ stüllte der Ministerpräsident. „Besser, so meint Herr Minister Brandt, ein sanftes Zurückweichen, das der europäischen Mentalität entspricht, als ein Zerbrechen, das zur Katastrophe führen kann. Herr Brandt wird dafür sorgen, daß Herr Cavonni keinen Sieg einheimt.“ Große Niedergerlagenheit. Der Ministerpräsident Saint Brice hatte doch vor Stunden noch ganz andere Weisungen gegeben! Der Gesandte aucte die Abscheu, ging und kam nach einer halben Stunde schon wieder. Jetzt überbrachte er die offizielle Antwort des Pariser Kabinetts: „Die Regierung Frankreichs möchte den König zu keinem demütigenden Schritt ermuntern. Sie mißbilligt die herausfordernde Haltung Italiens und empfiehlt, Rom willen zu lassen, daß die Räumung Albanien nur Zug um Zug mit den Italienern erfolgen kann.“ Acht Uhr zehn brachte der Ministerpräsident seinem König den eben eingelaufenen Genfer Beschluß. Der König kämpfte mit seinem Katastrophe bis aufs Messer. „Also Rückzug unserer Grenztruppen!“ entschied er nervös. „Cavonni denkt nicht an ein Einlenken. Wir dürfen uns nicht trennen. Halten Sie schleunigst in Rom unsere Antwort auf!“ „Majestät, es ist bereits acht Uhr zwanzig.“ „Das ist ein Unglück! Ich habe das Gefühl, Herr Brandt in Washington hat kürzere Augen als wir alle, kein Vorhinaus war menschlich und ritterlich! Können wir nicht unsere Antwort in Rom annullieren?“ (Fortsetzung folgt.)

Völkerverbundversammlung zu China

Gestern Eröffnung der außerordentlichen Vollversammlung Verhandlung über den Mandschurenkonflikt

Genf, 6. Dezember. (Eig. Bericht.)

Am Dienstag wurde von dem belgischen Außenminister die außerordentliche Völkerverbundversammlung eröffnet, die zur Beratung des Mandschurenkonfliktes einberufen worden ist. Der Delegierte Chinas, Yen, brachte in ungehörter Weise Anklage gegen Japan folgende vier Forderungen seiner Regierung vor:

1. Gestützt auf die Feststellungen der Linton-Mission erklärt die Versammlung, daß Japan den Völkerverbund, den Kellogg-Pakt und den Neunmächtevertrag in Washington gebrochen hat. 2. Die Versammlung fordert auf, unverzüglich die Resolutionen des Rates vom 10. September und 10. Dezember 1931 durchzuführen, damit alle japanischen Truppen in die Eisenbahnhänge zurückgezogen werden und die Mandschuren-Regierung zur Rückkehr aus dieser Gegend und der Auflösung der sogenannten Mandschuren-Regierung. 3. Die Erwartung dieser Auflösung und eingeleitet ihrer eigenen Resolution vom 10. März, in der sie sich verpflichtet hat, keine Intervention, keinen Vertrag und kein Abkommen anzunehmen, die mit Mitteln entgegen dem Völkerverbund und dem Kellogg-Pakt geschlossen worden sind, erklärt die Versammlung, daß die Mandschuren-Regierung nicht anerkennen und mit ihr keine Beziehungen treten wird. 4. Die Versammlung verfährt so, daß sie einen Bericht über die endgültige Regelung des Streites, wie sie in Artikel 15, § 4 des Völkerverbundpaktes vorgesehen ist, im nächsten Monat dem Völkerverbund vorlegen wird. Der chinesische Delegierte Yen fügte hinzu, China wolle niemals einen letzten Versuch zur Verständigung ablehnen, er müsse sie auf den Prinzipien der Verträge über den Linton-Bericht beruhen. Er verneine nicht die Schwierigkeiten dieser Verständigung, doch wisse die öffentliche Meinung der Welt, daß, wenn dieser Streitfall nicht in Uebereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerverbundpaktes geregelt werde, die Existenz des Völkerverbundes mit den Rechten Chinas zugleich auf dem Spiel stehe.

Der japanische Vertreter Matsuoaka ließ nicht ungerührt zurück. Die mit russischer Hilfe gebildete bolschewistische Regierung Chinas habe dauernd Chinas Rechte verlegt, daß diese Rechte aus einer ununterbrochenen Kette brutaler Gewalttaten kämen, erwähnte er nicht. Man könne nicht zurückweichen wegen der Erwähnung in dem Völkerverbund sei außerstande, Japans Rechte zu schützen. China mißbrauche den Umstand, daß die Völkerverbundversammlung mit orientalischer Psychologie seien. Die Völkerverbundversammlung habe sich zu entscheiden, ob sie Vorschläge zur Verständigung machen wolle oder nicht. Wenn ja, dann dürften sie auf folgenden Prinzipien beruhen: Sie müßten berast sein, die Tatsachen in die Praxis umgesetzt werden und den Frieden fördern. Die Völkerverbundversammlung solle die Situation in China beileiten. Falls ein Programm zur Regelung vom Völkerverbund angeordnet werde, solle dieser selbst die Verantwortung der Ausführung übernehmen. Matsuoaka schloß höhnisch: Diese Ausführung solle Ozean, denen der Völkerverbund sowohl den Willen, wie auch die Mittel fehlen müsse.

Die Tschschowkawei und andere Mächte Europas scharf gegen Japan

Genf, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In der Generaldiskussion der Völkerverbundversammlung des Völkerverbundes arbeitete der tschschowkaweische Außenminister Yen scharf die Entscheidung heraus, daß der Völkerverbund im Mandschurenkonflikt zu treffen hat. Für Yen ist der Völkerverbund auf die Mandschuren- und Koreafrage kein Mittel legitimer Verteidigung und die Bildung des Völkerverbundes ein durch die japanische Besetzung erzeugter Akt. Hier seien die Verträge gebrochen worden, und der Völkerverbund befände sich vor einem Präzedenzfall von größter Bedeutung, der zu katastrophalen Nachwirkungen führen könne. Japan habe seine Verpflichtungen gegenüber dem Rat nicht eingehalten. Der Mandschurenkonflikt unter keinen Bedingungen anerkannt werden. Werde keine Verständigung erreicht, dann sei es Pflicht der Versammlung, die Entscheidungen mit der größten Klarheit und der größtmöglichen Härte zu treffen. Ueber diese oder jene praktische Lösung könne man verhandeln. Das Verhandeln über Bräutigam aber der Bankrott und der Tod des Völkerverbundes.

Die Vertreter Irlands, Schwedens und Norwegens erklärten ebenfalls für die Annahme des Linton-Berichtes.

Reichsausschuß der SA. tagt

Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend hielt Anfang Dezember in der Bundeschule des Reichsausschusses in Bernau bei Berlin seine Reichsausschuss-Sitzung und Bezirksleiterauswahl unter harter Beteiligung ab. Ueber die politische Lage und die Aufgaben des Verbandes sprach der Reichsausschussvorsitzende Otto Illenauer. Die politischen Auseinandersetzungen haben die Jugendarbeit stark beeinflusst; die Wahlkämpfe haben oft die ganze Kraft der Jugendgruppen in Anspruch genommen. Die Aufgabe für die erwerbslose Jugend, besonders im freiwilligen Arbeitsdienst, forderte starken Einsatz. Die Jugenderziehung kam dabei oftmals zu kurz.

Trotzdem hat sich der Verband nicht nur gehalten. Er hat Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist seit Anfang d. J. beträchtlich um 4000! Die Zeitchriften und Einlagen des Verbandes konnten im vollen Umfang erhalten werden. Große ideelle und materielle Erfolge brachten die Wettbewerbe, die von mehreren Bezirken im Herbst durchgeführt wurden. Zum Beweis ein paar Zahlen: von der Verbandszeitung „Arbeiter-Jugend“ konnten 28.470 Exemplare über die normale Auflage hinaus umgelegt werden. 169.150 Flugblätter, 58.500 Werbepostkarten und 8150 Broschüren wurden vertrieben und einige tausend Mitglieder gewonnen.

Die Gründung des Sozialen Dienstes zum einheitlichen Einsatz aller Arbeiterorganisationen für die erwerbslose Jugend ist von der Sozialistischen Arbeiterjugend lebhaft begrüßt und kräftig gefördert worden. Der Soziale Dienst hat seiner Tätigkeit manche Not selbster und ist einer der wichtigsten Erfolge in der Zusammenarbeit der sozialistischen Jugendverbände auf sozialem Gebiet. Ein gleicher Erfolg auf politischem Gebiet ist die Bildung einer Reichsarbeitsgemeinschaft der Jugend. Die Pläne des Reichsausschusses für Jugenderziehung wurden aus politischen und pädagogischen Gründen begrüßt.

Die nächsten Aufgaben

Sozialistischen Arbeiterjugend bestehen in einer klaren politischen Erziehung der Jugend für den demokratischen Sozialismus. Eindeutige Abgrenzung gegen die kommunistischen und nationalistischen Weltanschauungen in letzter Zeit überall entgegen wurde. In der Sozialistischen Arbeiterjugend trotz aller bolschewistischen Anstrengungen völlig unabhängig geworden gegen die kommunistische Propaganda. Der Kulturkampf ist die Sozialistische Arbeiterjugend kulturelles Bollwerk entgegen. In enger Zusammenarbeit mit allen

sozialistischen Organisationen will die Sozialistische Arbeiterjugend nach bestem Können mitwirken an der Ueberwindung der gegenwärtigen Not durch die sozialistische Aktion. Ueber die finanzielle Situation des Verbandes berichtete der Reichsausschussvorsitzende Ollig, über die sozialistische Schularbeit Eißner. Nach einer sehr lebhaften Aussprache über die Berichte wurde die Stellung des Hauptvorstandes zum Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände mit großer Mehrheit gebilligt. Allgemein abgelehnt wurde die Bildung der Vortruppe durch das Reichsbanner. Einstimmig abgelehnt wurde das geplante studentische Werkjahr, weil es keine grundsätzliche Hochschulreform bringen kann, sowie die im sozialdemokratischen Schulprogramm geforderte Bildung.

Ein umfassender und reichhaltiger Arbeitsplan für das kommende Jahr wurde angenommen. Unter der Leitung „Vorwärts im Kampf für den Sozialismus“ soll durch zentrale Aufgabenstellung die Verbund-, politische und geistige Erziehung, Bildungs- und Kulturarbeit vereinheitlicht und den gesellschaftlichen Verhältnissen wie der gewandelten geistigen Haltung der Jugend angepaßt werden. Den Auftakt bilden 34 Führerschulungskurse, die in Verbindung mit den Bezirkskonferenzen am Anfang des Jahres abgehalten werden.

Die nächste Reichskonferenz findet Ostern in Dresden statt. Ein Reichswettbewerb soll im April und Mai durchgeführt werden. Für Pfingsten sind Bezirks- und Landesjugendtage vorgesehen. Ein Reichszetel-Lager soll Anfang August in Thüringen abgehalten werden. Dann finden statt (wie alljährlich) der Reichsfeier- und Sporttag am ersten Sonntag im September und der Internationale Jugendtag am ersten Sonntag im Oktober mit anschließender Herbst-Verbandswoche. Unter großem Beifall wurde Kenntnis genommen vom Beschluß des Prager Internationalen Jugendkongresses, das dritte Internationale Jugendtreffen im Sommer 1934 in Hamburg stattfinden zu lassen.

Im Mittelpunkt der Bezirksleiterauswahl stand das Thema „Sozialistische Jugendarbeit in der Krise der Gegenwart“. Das einleitende Referat hielt Erich Illenauer. Er zeichnete ein eindrucksvolles Bild von der sozialen und geistigen Not der Jugend von heute und zeigte auf, wie die sozialistische Jugendarbeit entsprechend der Lage der Jugendwirkungswort gestaltet werden kann. Ueber Erfahrungen im freiwilligen Arbeitsdienst sprach der Geschäftsführer des Sozialen Dienstes, Dr. Pahl. In der Aussprache wurde scharfe Kritik an Uebelständen des Arbeitsdienstes geübt, jedoch wurde die Teilnahme der Sozialistischen Arbeiterjugend auch weiterhin aus sozialen und pädagogischen Gründen für notwendig gehalten.

Klagges wird weiter gestäubt

Braunschweig, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

In dem für Klagges so häufig verlaufenen Konflikt mit der Technischen Hochschule hat der von Rektor und Senat gestäubte Naziminister den Versuch unternommen, durch einen Gegen-Antrag die Niederlage zu entgehen. Er benützte dazu die Solidaritätserklärung der Rektoren aller Hochschulen mit dem Senat von Braunschweig, um fort und fort zu sagen: er lehne die Einmischung „unverantwortlicher“ Instanzen in braunschweigischen Angelegenheiten ab. Niemals habe er, der Naziminister, die Freiheit der Wissenschaft beeinträchtigt. Was er getan habe, sei lediglich zum Schutz der Gleichberechtigung der nationalen Studentenschaft gewesen. Deshalb könne er es niemals zulassen, wenn das Vorkreuzbanner von der Hochschule verbannt und damit entwürdigt werde.

Gegen diese den Tatsachen ins Gegenteil verkehrende Klagges-Lage, werden sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Beide stellen sich in einer öffentlichen Erwidrerung noch einmal hinter Rektor und Senat. Die Deutsche Volkspartei läßt es hagelnd auf Klagges niederschallen, indem sie den Universitätsbehörden dankbar ist für deren männliche Wehr gegen die Eingriffe von Klagges in die Selbstverwaltung der Hochschule. Wörtlich sagt die Volkspartei dann in ihrer Erklärung: „Die Entwicklung der Technischen Hochschule in den letzten Jahren hat jeden Braunschweiger mit Stolz erfüllt. (Das ist ein direktes Lob der früheren sozialdemokratischen Regierung.) Diese Entwicklung ist gefährdet, wenn die Verwaltungsorgane der Hochschule, die ihrer Verantwortung voll bewußt sind, in der Ausübung ihrer Rechte gehindert werden und politische Störungen an der Hochschule vom Volksbildungsminister, der als oberster Hüter der Ordnung der Jugend von unbedachten Schritten fernhalten sollte, nicht nur geduldet, sondern gefördert werden.“

Die Deutschnationalen sind in der Form ihrer Erklärung weniger scharf, aber in der Sache nicht minder gegen ihren Koalitionspartner Klagges. Ungeachtet dessen stellen sie auch die Jugenbergleute hinter Rektor und Senat, jedoch Klagges im Braunschweigischen Landtag eine Front gegen sich ziehen wird, die von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen geht. Will er also Minister bleiben, so dürfte ihm ein Kanossengang kaum erspart bleiben.

Zum Fall Ludwig Renn

Der Vorstand der Deutschen Liga für Menschenrechte hat auf Grund des geringfügigen an die Öffentlichkeit gedrungenen Materials sich mit dem Fall Ludwig Renn beschäftigt. Es muß festgestellt werden, daß die Öffentlichkeit über die Art und Weise der Verhaftung Ludwigs Renns beunruhigt ist. Die Beunruhigung der Öffentlichkeit muß aber wachien, da diese vollkommen über die Ludwig Renn zum Laie gelegte Straftat uninformiert bleibt. Bei der Bedeutung der Persönlichkeit Ludwigs Renn ist es unerlässlich, daß man Ludwig Renn in Haft behält, weil die Behörden wissen müssen, daß Ludwig Renn für eventuell von ihm begangene Straftaten auch die Verantwortung trägt. Daher erwartet die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ zunächst die Haftentlassung Ludwigs Renns.

Wieder Krawalle in Berlin

Zwei Läden geplündert

In Berlin wurden am Dienstagabend wieder zahlreiche Kommunisten festgenommen, die an verbotenen Demonstrationen beteiligt waren und als die Polizei gegen sie einschritt, Widerstand geleistet hatten. Die Demonstrationen gingen planmäßig in allen Stadtteilen vor sich. In der Schönhauser Allee nahm die Menge gegen die Polizeibeamten eine so drohende Haltung ein, daß die Beamten mehrere Schüsse abgaben. Verletzt wurde nach den bisherigen Feststellungen niemand. Später drangen in der Landstraße etwa 50 Teilnehmer an einer kommunistischen Demonstration in eine Großschlachterei ein und zerstörten die Fenstergehänge. Die Menge plünderte, was sie erfassen konnte. Als der Ladeninhaber den Hilferufen nachhelfen wollte, wurden mehrere Schüsse auf ihn abgegeben, die jedoch fehlgingen. Der Anführer der Plünderer konnte von einem Wehrkraftskommando festgenommen werden.

Im Berliner Südosten drangen kommunistische Demonstranten ebenfalls in ein Lebensmittelgeschäft ein und raubten etwa 100 Pfund Wurst. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

Reinfall der Berliner Buchdruckeropposition

Bei den Neuwahlen der Bezirksleitungen im Verein Berliner Buchdrucker ist die sogenannte Opposition glatt durchgefallen. In sämtlichen elf Bezirken wurden die bisherigen Bezirksleitungen wiedergewählt.

Auch bei der Wahl der Delegierten zur örtlichen Generalversammlung, die in sechs Bezirken stattfand, brachte in allen Bezirken die vereinigte Opposition auch nicht einen einzigen ihrer Kandidaten durch.

Kritische Lage in der Schuldenfrage

Herriot wird gestürzt, wenn er für Zahlung ist

Paris, 7. Dezember. (Eigener Funkbericht.) Macdonald und Herriot sind heute früh in Paris eingetroffen. Der englische Premierminister erwartet hier den Finanzminister Chamberlain, mit dem er sich über die am 15. Dezember fällige Schuldentrate an Amerika unterhalten will. Sobald beide englischen Staatsminister einen Beschluß über die Haltung Englands gefaßt haben, werden Verhandlungen zwischen ihnen und der französischen Regierung stattfinden, die den Zweck verfolgen, ein gleiches Vergehen Frankreichs und Englands gegenüber Amerika zu verabschieden.

Die französische Kammer wird sich, entgegen dem Vertragsgesetz, das am Dienstag in Paris verbreitet war, wie vorgehen, am Freitag, mit dem Schuldenproblem befassen. Herriot hat von Genf aus dem Unterstaatssekretär Marchandeau mitgeteilt, daß er am Donnerstagvormittag vor dem Finanzausschuß und am Nachmittag vor dem Auswärtigen Ausschuß erscheinen werde, um beide über die Absichten der Regierung in bezug auf die Schuldentrate zu unterrichten. Die Finanzkommission soll dann im Laufe des Donnerstags einen Bericht über die drei vorliegenden Entscheidungslösungen in der Schuldenfrage ausarbeiten, so daß das Plenum am Freitagvormittag mit der Debatte beginnen kann. Wesentlich darauf hin, daß, wenn England sich endgültig zur Zahlung entschließt, die französische Regierung das gleiche tun wird und daß dann das Kabinett von der Kammer gestürzt wird, selbst wenn Herriot erklärt, daß die am 15. Dezember fällige Rate die letzte sein werde, die Frankreich bezahlt.

Frankreichs Sozialisten gegen Bezahlung

Ein Antrag Vincent-Burziols

Paris, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Der sozialistische Abgeordnete Vincent-Burziols hat der französischen Kammer eine Entschließung über die Schuldenfrage vorgelegt, die sich wie die Entschließungen Marins und Hesse-Bernot gegen die Bezahlung der am 15. Dezember fälligen Schuldentrate an Amerika wendet und in der die Kammer aufgefordert wird, die Regierung dringend um die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz zu ersuchen. Weiter soll die Regierung den Vereinigten Staaten mit den anderen Schuldneren ein ähnliches Moratorium vorschlagen, wie es die Vereinigten Staaten im vorigen Jahre angetrieben oder wie es die Glaubigerstaaten Deutschlands ihm gewährt haben. Falls die Vereinigten Staaten dieses Moratorium ablehnen, soll die Regierung der amerikanischen Regierung vorschlagen, den Streitfall einem Sachverständigenausschuß oder einer allgemeinen Gläubiger- und Schuldnerkonferenz zu unterbreiten.

Hoovers Jahresbotschaft

Gegen Stundung der internationalen Schulden

Washington, 7. Dezember. (Eigener Funkbericht.)

In den beiden Häusern des Kongresses wurde am Dienstag die Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover verlesen. Hoover fordert darin eine weitere Herabsetzung aller Bundesausgaben, eine Reform des Privatbankensystems und eine enge Zusammenarbeit mit dem Ausland in Wirtschaftsfragen. Eine Stundung der internationalen Schulden lehnt Hoover ab. Verträge und Freundschaft können nur erhalten werden, wenn man Verträge getreulich erfüllt, bis sie durch ein gegenseitiges Abkommen geändert wurden.

Hoover teilte in seiner Botschaft u. a. noch mit, daß die internationalen Schuldenverhandlungen noch andauern und er dem Kongreß eine ergänzende Botschaft übermitteln werde, sobald diese Verhandlungen abgeschlossen seien.

Italien zahlt

Rom, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Italien wird die am 15. Dezember fällige Rate der Kriegsschulden an Amerika zahlen. Mit dieser Zahlung soll zugleich die Grundlage für die sofort beginnenden Verhandlungen über ein neues Schuldenabkommen geschaffen werden. Grundjährlich bleibt Italien bei der früheren Auffassung, daß Schulden und Reparationen untrennbar anhangengeboren. Grundjährlich ist auch der faschistische Erzbote, auf dessen Initiative die Zahlung zurückzuführen ist, nach wie vor für die völlige Streichung der Schulden und Reparationen. Ohne dem sei ein Wiederaufbau der Welt nicht möglich.

Noch kein Ergebnis in Genf

Genf, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verhandlungen der fünf Großmächte über die Abrüstungs- und Gleichberechtigungsforderungen haben am Dienstag ebenfalls zu keinem Ergebnis geführt. Sie werden am Mittwoch vormittag ohne Herriot und Macdonald fortgesetzt. Herriot will am Freitag oder Sonnabend wieder nach Genf zurückkehren. Macdonald, der am Dienstag ebenfalls nach Paris gereist ist, beabsichtigt am Freitag nach Genf zurückzukehren. Reichsaussenminister v. Neurath bleibt wahrscheinlich bis zum Abschluß der Verhandlungen in Genf.

Englands Arbeitslosigkeit

Fast 3 Millionen ohne Beschäftigung

In England ist die Zahl der Arbeitslosen im letzten Monat um 59.000 auf 2.799.800 gestiegen. Seit dem Parlamentswahlen, die die nationale Regierung vor einem Jahr ans Ruder brachte ist die Arbeitslosigkeit um 1.64.691 gestiegen. Der Beschäftigungsrückgang des letzten Monats ist zum Teil laienmäßiger Natur, umfaßt aber auch die Fabrikation von Elektrizitätsgeräten und die Juteindustrie.

Wetterbericht

Katzen	7.12	6.12	7.12	6.12
Wasser	0.85	0.93	1.70	1.62
Wasser (Wind)	0.74	0.74	0.83	0.85
Regen (Wind)	1.50	1.73	0.83	0.85
Regen (Wind)	1.76	1.74	0.83	0.85
Regen	0.85	0.85	0.83	0.85

Freie Sportvereinigung 1897 schlägt den Oideutschen Meister

Arbeiter-Athletenverein 1911 Breslau mit 7,5:6,5 Punkten

Am gestrigen Sonntag setzte der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes, in der Turnhalle der Liegnitzer Schule vor gutem Besuch seine Mannschaftskämpfe für die Serie 1932/33 fort. Als Hauptkampf wurde die Meisterschaft der A-Klasse im Ringen ausgetragen, zu welcher sich der Titelverteidiger, der Arbeiter-Athleten-Verein 1911 Breslau und die Freie Sportvereinigung 1897 qualifiziert hatten. Während im Ringen die Freie Sportvereinigung 1897 die Punkte kampflöslich buchen konnte, setzte der Kampf im Bantamgewicht die übervolle Halle in Stimmung. Rob. Schmidt (1897) wollte gegen Rob. Hanke (1911) eine Entscheidung erzwingen, doch wurde der Kampf unentschieden gegeben. Der Federgewichtler Georg Vajold (1897) unterlag knapp nach Punkten gegen Georg Hanke (1911). Seine Klasse bewies der Leichtgewichtler Heinrich Strauch (1897) indem er den guten Gerh. Hauschild (1911) in 2,15 Minuten durch Hammerstöße mit Halsnüssen entscheidend besiegte. Eine Ueberraschung gab es im Mittelgewicht. Paul Makedi (1897) setzte in 1,10 Minuten durch Untergriff über F. Schwarzer (1911). Das Halbschwergewicht sah Walter

Zimmer (1897) in heftigen Angriff gegen Max Balkowski (1911), der sich geschickt verteidigte, die Entscheidung unentschieden war für den 1911er sehr schmerzhaft. Die Schwergewichtler W. Mann (1897) und Jodak (1911) trennten sich nach offenem Treffen erfolglos, so daß die Freie Sportvereinigung 1897 den Titelverteidiger, den Arbeiter-Athleten-Verein 1911 mit 7,5:6,5 Punkten in der A-Klasse schlagen konnte. In den einleitenden Treffen der B-Klasse schlug die IB-Mannschaft der 1911er die Sportvereinigung Nordost IB glatt mit 11:3 Punkten. Der Spitzenführer der B-Klasse die Freie Sportvereinigung 1897 IB konnte erst durch Siege im Halbschwer- und Schwergewicht gegen die überaus gut kämpfende IB-Mannschaft der 1911er mit 9:5 Punkten erfolgreich sein.

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau e. V.
Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V. Heute 20 Uhr Kartelljugendversammlung. Jugendobsteute eine Stunde vorher.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.
7. Männer-Abteilung (Jugend). Sonnabend, den 10. Dezember, 20 Uhr, findet unser nächster Heimabend statt im Heim Friedrich-Wilhelm-Straße 45. Alles bringt sich Instrumente mit, wir haben einen bunten Abend. Gäste willkommen.

Wassersport
Freie Schwimmer Breslau, Abt. Jüngel. Das Turnen der Kinder ist wieder Donnerstag von 18 bis 19 1/2 Uhr.
Freie Rudervereinigung Breslau e. V. 9. Dezember, 20 Uhr Winter Sportler im Bootshaus.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Breslau. Alle Mitglieder, die Weihnachtsgeschenke in der Hütte verbringen wollen, müssen dies bis spätestens 15. Dezember dem Hüttenobmann, Genossen Martin melden. Unsere Sonnenwendfeier findet am 17. Dezember im Gewerkschaftshaus statt. Regere Vertiefung der Programme dringend notwendig.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau. Am 7. Dezember Rennfahrer-Versammlung um 20 Uhr bei Wälders Zahnstraße.

Flugsport
„Sturmvogel“, Flugverband der Werkstätigen. Donnerstag, den 8. Dezember, 20 Uhr, in der „Stadt Leipzig“, Artileriestraße 24, Mitgliederversammlung.

Sanitäten-Anzeigen

Verband der Maler, Lackierer, Austricher, Filiale Breslau
Es starben am Sonnabend, 3. Dezember, unsere langjährigen Mitglieder und Invaliden, der Maler **Wilhelm Neugebauer** im Alter von 63 Jahren.
der Lackierer **Hugo Zimmer** im Alter von 61 Jahren.
Einäscherung: Freitag, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gräbschen.
und der Maler **Hugo Richter** im Alter von 68 Jahren.
Einäscherung: Freitag, den 9. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gräbschen.
Ehre ihrem Angedenken!
3724 **Die Filialverwaltung.**

Am 3. Dezember verchied unser Mitglied, der Lackierer 3641 **Hugo Zimmer** im Alter von 61 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Groß-Breslau.
Einäscherung: Freitag, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gräbschen.
Trauerhaus: Viktoriastraße 74. **Distrikt 1.**

STADTHEATER

Mittwoch, 20 bis gegen 22.45
Abonnements-Vorstellung B 7
Edomenes
Donnerstag, 21 bis gegen 22.30
Abonnements-Vorstellung D 7
Zielfand
Freitag, 20 bis gegen 21
Abonnements-Vorstellung C 7
Erstaufführung
Friedemann Bach

LOBETHATER
Täglich 20.15 bis 22
Bargeld locht
Freitag, 20.15
Zum 1. Male!
Robinson soll nicht sterben
von Friedrich Schiller
Sonnabend, 20.15 (u. tägl.)
Zum 1. Male!
Heimkehr
des Dinnmühlhügers
Komödie v. Einbald

GERHART-HAUPTMANN THEATER
Mittwoch, Donnerstag
Freitag, 20.15 - 22.15
letzte Gastspiele
der „Bier-Trichter“
Der tümliche Lagerhof!
Hier liest Goethe
Ab Sonnabend täglich 20.15
Bargeld locht

Felix Kayser
veranstaltet
am Freitag, den 9. Dezember
20 Uhr im Breslauer
Konzertsaal, Großer Saal, ein
Electrola-Weihnachts-Konzert
Gesänge u. Tanzvorführungen
Gratulationslosungen
Eintritt 0.40, 0.70, 1.00 RM.

Alfred Kusche
Messergasse 11
Billigste Bezugsquelle für
alle Lebensmittel
und Kolonialwaren
Täglich frisches Gemüse
Elektrische Rolle

Aus meinem
Möbel-Speicher
Auszugliste
2 Bettstellen pol. m.
Paten- und Auflage 112.-
Küchenschrank 25.-
Büchertisch 14.-
Wandregal m. Narm. 25.-
Fliesenofen 15.-
Großer Zimmerschrank 55.-
Tisch 25.-
Teilschabung gestanzt.
Brüderstr. 23 (Hof)
Gieseler

Haus- & Kabinett
gut erhalten, billig zu verf.
Erbs, Freiburger Str. 25.

... und nach jeder Konferenz besuchen Sie

Konditorei und Café Max Hönsch
Breslau 1, Kaiserstr. 6
an der Freiheitsbrücke

Der billige Weihnachts-Verkauf! morgen!

Extra große Hohlraum-**Daukas-Bettflaken 1.95**
160/225 cm, schwere Qual., Stück

Komplette **Wallis-Bettbezüge 4.65**
mit 2 Kissen ... Größe 80/80 cm

Warme Bettflaken 88
für Kinder- und Siedungsbetten,
Größe 120/170 ... Stück

3 Posten leicht angestaubte, bestickte **Linon-Bettgarnituren 4.95**
mit 2 Kissen, Größe 80/80 cm, Mir.

2000 Meter **Bettflakenstoffe 78**
Daukas, 150 breit ... Meter 88
Lakenkreuz 130 cm breit, Meter

Weiß, warme **Damen-Hemden 1.10**
aus Körperbarchent, mit Stickerei-
Garnierung u. Motiv St. 1.68, 1.38

Tausende Breslauer Eltern kaufen für die Kinder
Spielwaren
nur bei
Messow.



ARBEITER-WOHLFAHRT FÜR JEDEN
im **Weihnachtslos**
ZIEHUNG: 20. u. 21. DEZ. 50
GEWINNE IM WERTE VON **450 000 RM.**

Lose sind zu haben:
im Parteisekretariat, Margaretenstraße 17
in den Gewerkschaftsbüros
im Gewerkschaftshaus-Restaurant
in der Arbeiterbank, Margaretenstraße 17
in der „Biropa“, Margaretenstraße 17
in sämtl. Lägern des Konsumvereins „Vorwärts“
in der Volkswacht-Buchhandlung, Flurstraße 4
bei „Lindcar“, Feldstraße 14
im Büro der Arbeiterwohlfahrt, Flurstraße 4
bei sämtlichen Distriktsführern und Vertrauens-
leuten der Arbeiterwohlfahrt

Bruch Du Geld, Sei ohne Sorgen, Leibhans Wachtel Wird Dir Sorgen Geld zur Pfländer aller Art
Schmiedebrücke 64/65, 1. Etage - Tel. 242 19

WAPPENHOF

Heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag:
7.45 Uhr Die 8.30 Uhr
6 letzten Vorstellungen vor dem Weihnachtsfest
Cavallinis / Ella Sall / Max Schubert / Gaston, Luu. Ferry / Karl-Helz Thaler / Irmal Gard / Hyspa-Ballett / 3 Flacows / 2 Wolders / Wappenhof-Woppe
Ab 8 Uhr: **Großer Ball 2 Kapellen**
Nachmittags 30 Pf., abends 50 Pf.

Druckerei Volkswacht
Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Genossen
Ecke und poliert, sehr günstig im Räumungsverkauf
S. Brandt & Co. Volkswacht
Gartenstraße 631.
(Sonntag nachm. geöffnet!)

Strohbohle, warme Bettflaken, ein- u. angeblaut 20 ...
Friedländer, Sonnabend

Nicht nur ein Fabrikat
hören sondern die maßgebenden Erzeugnisse der Radio-Branchen prüfen. Das können Sie bei mir. Vorführung in Ihrem Heim auch auswärts.
Felix Kayser
Ring. Am Rathaus 26

Gelenkheils-Sauna!
Säure, 180 breit, maßstabsgerecht, abgeperrt, 110 ...
Fischerstraße 62, plz.

Kleine Einzelgen
Sind komplett geflickte einstufige Einzelgen von Berlin, Kaufgeboten u. a. nur von Privaten. Wert 2 Pfunde, ...
Tisch, getz. Anzüge u. Mäntel für 14-20 Jähr. preiswert verkauft Klotzstr. 14/15

Konkurrenzlose Preise
Ausschaltung des Zwischenhandels
Moderne Armband-Uhren

Echt Silber 800 gest. 5 bis 40 Reichs-Mark	Gold-Plaque 10 Jahre Garantie 6 bis 45 Reichs-Mark	Echt Gold 585 gest. Met. E. 9 bis 20 Reichs-Mark
---	---	---

Katalog mit 200 Abbildungen gratis u. franko

Marken-Uhren Gold 585 gest. 20 bis 150 Reichs-Mark	Taschen-Uhren von 2.- an Echt Silber von 10.- an Wecker 2.- an	Springdeckel Gold-Plaque 10 Jahre Garantie 24 bis 55 Reichs-Mark
---	--	---

Qualitäts-Marken-Uhren
Mutha- und Mugea-Präzision
300 Muster 15-150 RM

Uhrenhaus Präzision
Vened. G. u. H.
Breslau, Schwelmsitzer Straße 54

NOVELLEN: ROMANE: NATURWISSENSCHAFT: PHILOSOPHIE

Billig, billig, billig

unser Wühltisch!

Preise von 20 Pf. bis 95 Pf.
ab sofort bis Weihnachten

Volkswacht-Buchhandlung Breslau
nur Flurstraße Nr. 4

Einzel-Jugendchriften: WISSENSCHAFT

Drei große Preis-Wettbewerbe

für die Leserinnen und Leser der weltbekannten **Frauenwelt**
Wahrer Jacob
Jll. Republ. Ztg. (JRZ.)

mit sehr wertvollen und praktischen Preisen, darunter **Lindcar-Damen- und Herrenfahräder, Lindcar-Nähmaschinen, kompl. Musikkapellen, prächtige Buchpreise** für jeden gewonnenen und an die örtliche Volksbuchhandlung oder Reichsbanner-Ortsgruppe abgegebenen Abonnenten einer dieser Zeitschriften veranstaltet der **Verlag J. H. W. Dietz Nachfl., Berlin SW 68**

Benutzen Sie diese Gelegenheit, um einen dieser wertvollen Preise eventuell zu erhalten. Sie tragen damit zur Stärkung der republikanisch-sozialistischen Kampffront bei. Diesen Bestellzettel, genau und korrekt ausgefüllt, liefern Sie bei den angegebenen Stellen ab.

Bestellschein

Ich bestelle hiermit

— Expl. „Der wahre Jacob“	— Expl. „Frauenwelt“ A
— Expl. „JRZ“	— Expl. „Frauenwelt“ B

Preis 15 Pfennig (wöchentlich) Preis 30 Pfennig (14-tägig)
Preis 20 Pfennig (wöchentlich) mit Schnltz, Preis 40 Pf (14-täg)

laufend ab sofort.

(Wohnort, Straße, Hausnummer)

(Eigenhändige Unterschrift)

Bestellungen an die Volkswacht Breslau, Flurstr. 4.

Ihre Weihnachtsbücher
Gut! Aktuell! Neu!
in der **Volkswacht-Buchhandlung**
nur **Flurstraße 4**

Björnsterne Björnson

Zu seinem 100. Geburtstag am 8. Dezember

Wenn auch manches, was Björnsterne Björnson schuf, seinen Landsleuten, die ihn vergötterten, viel zu hoch eingeschätzt worden ist, so war doch seine Lebensarbeit und seine Lebensernte zweifellos wertvoll und reich. Bevor Björnson, der erstere und bei weitem bedeutendere von den beiden, in Deutschland bekannt wurde, war Björnson bei uns bereits zu Ansehen gelangt und das verdankte er den Meinungen, die ihn zuerst auf die Bühne brachten. Björnson war beiecht von hohem Idealismus, erfüllt von glühender Vaterlandsliebe, ein gewaltiger Apostel wie Tolstoi, Agitator, Dichter, Politiker und Reformator in einer Person. Wenn es um die Sache der Freiheit und der Beladungen ging, ärgerte er nicht, von keiner Höhe herabzuhelfen, und bei keiner populären Bewegung nicht als Führer im Streite. Mit all seinen Schwächen und Fehlern ist dieser Norweger eine überaus fesselnde Persönlichkeit gewesen, und selten hat jemand sein Leben so intensiv gelebt wie er.

Björnson wurde in dem kleinen, in wildromantischer Gebirgsgegend Osterdalens gelegenen Dorfe Kvinnu als Sohn eines Predigers und einer Kaufmannstochter geboren; später siedelte die Familie nach Komsdal über. Nach einer in tiefer Dorfschamkeit verbrachten Kindheit besuchte Björnson die Schule in Molde und studierte seit 1852 an der Universität der Landeshauptstadt. Weil seine Eltern arm waren, mußte er sich kümmerliche Verdienste verdienen. Er schrieb nebenbei Theater- und Kunstkritiken, verfasste Artikel usw. und kam dadurch frühzeitig mit dem Theater in Berührung, dem er leidenschaftliches Interesse entgegenbrachte. In Christiania lernte Björnson Ibsen und Liebenow kennen, und bald fanden sich drei in herzlicher Freundschaft. Nach Absolvierung der Universität war Björnson zunächst Journalist und Redakteur. Von 1857 bis 1859 leitete er das Theater in Christiania. Infolge verschiedener Enttäuschungen verließ er 1860 sein Vaterland und siedelte nach Kopenhagen über. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in Italien lebte der Dichter einige Zeit in Deutschland und Frankreich und kehrte im Herbst 1863 in die Heimat zurück, wo ihm das Stillsitzen in Anerkennung seiner künstlerischen Leistungen einen jährlichen Ehrenlohn bewilligte, der ihn von materiellen Sorgen befreite. Die Jahre 1863 bis 1871 verbrachte Björnson größtenteils in Norwegen, hier leitete er u. a. zwei Jahre das Theater in Bergen und redigierte seit 1871 das „Norsk Folksblad“. Aber bald ergriß ihn wieder die Wanderlust. Von 1873 bis 1875 weilte er im Ausland und kehrte dann nach seiner Bestimmung nach Komsdal zurück. 1887/88 lebte er in Paris. Auch in der Folgezeit unternahm der Dichter längere Reisen, die ihn von der Heimat fernhielten. Dabei verlor er niemals die politische Entwicklung Norwegens aus dem Auge, auf die er stets großen Einfluß ausübte. — Um bei berühmten Ärzten Heilung seines Leidens zu suchen, siedelte der Dichter 1910 nach Paris über, wo er am 28. April jenes Jahres starb.

Schon Björnsons Jugendwerke „Sjaurd der Bøje“, „Maria Stuart in Schottland“, „Zwischen den Schlahäuten“ u. a. zeugen trotz mancher Schwächen von Größe der Phantasie und Kraft der Charakteristik. Aber bald verließ der Dichter den historischen Boden und entnahm seine Stoffe nur noch der Gegenwart, weil er sich davon größere Wirkungen versprach. So schrieb er die Schauspiele „Der Wälderskjær“, „Leonardus“, „Das Neue System“, „Der Handschuh“, 1889 in Berlin von der „Freien Bühne“ aufgeführt und „Der König“. In Deutschland trat Björnson zuerst mit dem Schauspiel „Ein Fallissement“ hervor (1874), einem realistischen Gesellschaftsstück mit recht mangelhafter Technik, das stark mit großen Effekten arbeitet, die der Verfasser von den Franzosen erlernt hat. Die Anlage der Charaktere aber zeigt bereits die höhere Hand des Dramatikers. Eine der besten Schöpfungen Björnsons ist das auch bei uns mehrfach aufgeführte Drama „Poul Lange und Lora Parsberg“. Von nachhaltiger Wirkung lebte auch Björnsons bedeutendstes Werk, das Doppel-drama „Lebte in unsere Kraft“, dessen Vorzüge im dramatischen Aufbau, in der sicheren Szenenführung, der Plastik der Figuren und der meisterhaften Beherrschung der Ensemblebesetzung liegt. Der Verfasser hat hier den Schauspielern dankbare Aufgaben gestellt. Am treffendsten gezeichnet sind die Typen der Geisteskranken, zu denen der Dichter bereits im Elternhause Studien gemacht hatte, vor allem Bratt. Die erschütternde Tragik dieser Gestalt hat seinerzeit Balleroman in genialer Weise ausgeschrieben. Wegen seines religiösen Inhalts war einst das Drama heilig umstritten. — Björnsons Komödien sind oft nicht ohne einen warmen, gemüthlichen Humor; es sei nur kurz an „Die Reuermächter“ und sein letztes Werk, das Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“, erinnert.

Dem Erzähler kräftiger, volkstümlicher Vorgeschichten in der Art Angengrubers und Kesslers kann man trotz mancher Bedenken hinsichtlich der Charakteristik volles Lob spenden. Wortkarg, knapp im Ausdruck, von starkem Einfallsvermögen, vermögen diese Geschichten, die oftmals an die alten Sagas erinnern, den Leser leicht fesseln. Zu den besten gehören „Das Fischer-mädchen“, „Arne“, „Sagnuð vom Sonnenhügel“, „Das Adirnes“, „Ragni“, „Das Haus Kuri“ und namentlich „Ein trübseliger Burj“. — Reich an lyrischen Schönheiten sind seine Gedichte und Romane, in denen ihm der Volkseposen oft vorzüglich gelingt; sie wie die Romane haben dazu beigetragen, das Interesse des Auslandes für die Geschichte des kleinen Nordlandvolkes zu heben. — Uebrigens hat Björnson auch zahlreiche Flugblätter religiösen und politischen Inhalts verfasst. Mit Zug und Recht konnte sein kritischer Vorläufer Georg Brandes von ihm, dem „ungekrönten König“, wie man Björnson häufig nannte, sagen: „Er hat kein Volk hinter sich; wenn man seinen Namen nennt, ist es, als ob man die Fahne Norwegens hülte. Er ist in seinen Vorzügen und Fehlern, in seinem Genie und in seinen Schwächen so ausgeprägt norwegisch, wie Voltaire französisch war. Seinem Wesen nach ist er halb Ulanhäuptling, halb Dichter. Er vereinigt in seiner Person die beiden, im alten Norwegen hervortretenden Gestalten: den Säutling und den Stalder.“ Ernst Edgar Reimerdes.

Spanische Volksbildung

In Madrid ist es noch bis Mitte November ganz unmerklich warm gewesen, wenigstens bis zum Sonnenuntergang, so daß man in dem großen Stadtpark, der mitten in der Stadt liegt, noch mit sehr viel Genuß spazieren gehen konnte. Dieser Park heißt „Retiro“, was man mit Zustuhlsort übersetzen kann. Er ist sehr groß, alt, stellenweise sehr gepflegt, stellenweise auch etwas verwildert und romantisch. Es sind Ausstellungsgelände drum und ein kleiner Teich, auf dem nicht nur gerudert wird, sondern sogar ein Vergnügungsschiff am Sonntag hin und herfährt. Auch Konzerte werden dort abgehalten und ein elegantes Kaffeehaus vor dem warmen Lagen die elegantesten Frauen von Madrid. Aber der Retiro ist auch für viele ein richtiger Zustuhlsort; es kommen viele Wagen hierher und auch einzelne Spaziergänger, die wohl etwas melancholisch veranlagt sind, denn sonst gehen die Spanier selten allein, sondern meistens rudelweise aus. Auf abgelegenen Wegen sieht man auch hin und wieder einen Schüler seine Aufgaben lernen oder einen dichterisch aussehenden Jüngling Verse recitieren...

Joseph Goebbels und der § 11

Geschichte einer Anekdote

Der „Welt am Montag“ entnehmen wir das Folgende:

I.
Redakteure sind heutzutage geplagte Leute. Die Mitarbeiter, die lieben Leser, die Pressenverordnungen... stellen ein Lichtbild.

Zuweilen gibt's aber doch einen; und der entschädigt dann für alles Schlimme und Böse. Zum Beispiel, wenn ein Einschreibebrief kommt. Ein Einschreibebrief an den Verantwortlichen enthält in der Regel eine Berichtigung. „Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes erlaube ich mir...“

§ 11 des Pressegesetzes. Das ist eigentlich nichts zum Lachen, jeder kann sich mal verhaseln. Aber wenn so ein Einschreibebrief aus der Posttrahre 11 in die Alexandrinenstraße 110 herübergeschickt wird, dann muß auf alle Fälle etwas Besonderes los sein.

Tenn in der Posttrahre 11 thront Dr. Joseph Goebbels; dort hat er sich sein kleines schmuddes Braunküchlein aufgebaut, nicht so groß und eckig und hübsch wie der Palazzo des großen Diels in der Briener Straße in München; aber immerhin ein Braunes Haus.

Also geschah es, daß am letzten Dienstag der Postbote dem verantwortlichen Redakteur einen Einschreibebrief gegen Quittung aushändigte. Sorgfältig wird der Umschlag geöffnet, damit nur ja nichts kaputtgeht. Und siehe da:

II.
Da liegt schon der Käse. Ein Brief mit Anlage, Kopsi „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleitung Groß-Berlin“ usw. „Höflichkeitsformeln fallen bei allen Parteischreibern weg.“ Und dann geht's los:
Rechtsabteilung

III. L. 8908/32 Berlin, den 14. November 1932.

An die Redaktion der „Welt am Montag“ zu Händen des... usw.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes erlaube ich mir Aufnahme der anliegenden Berichtigung in die nächste für den Druck noch nicht abgeschlossene Nummer Ihrer Zeitung und zwar in demselben Teil der Druckchrift und mit derselben Schrift, in der der Abdruck des zu berichtenden Artikels erfolgte.

Dr. Goebbels
Berlin W. 9, Poststr. 11.

IV.
Uff! Wir haben den Dr. Joseph Goebbels schief angesehen, verächtlich, beleidigt, nicht erweislich wahre Tatsachen gegen ihn behauptet. Da muß man schon einen Augenblick nach Luft schnappen. Goebbels beleidigt? Keine Ahnung! Wo denn, wann denn, wie denn? Alles ist in Aufruhr, auch die Schweurfrau kann dem Waffensmann nicht erziehen, meistens schleicht sie sich von dannen, kommt einen Augenblick später wieder zurück, schließt vor sich die letzte Ausgabe der „Welt am Montag“, auf den Schreibtisch des Gewaltigen und haucht mit dünnem Stimmchen: „Der Redakteur, die Wijkette, die sollten Sie sich einmal ansehen...“

Die Wijkette! Da steht wirklich, vierte Spalte rechts unten, folgende Anekdote:

In diesem Park bin ich an einem herrlichen Herbsttage plötzlich auf etwas gestoßen, das ich sonst noch nie gesehen habe und das hier in Spanien eine wahre Überraschung für mich bildete. Zunächst bemerkte ich eine Anzahl Personen, die auf einigen ziemlich dicht aneinander stehenden Bänken sitzend, mit viel Eifer und Aufmerksamkeit lasen. Erstaunt, weil die Lesenden sich gerade auf einer Stelle des Parks konzentrierten, näherte ich mich und bemerkte nun einen ziemlich großen Kiosk mit Büchern, die nicht zum Verkauf dargeboten werden konnten, schon weil sie sehr selten ausstehen. Bald merkte ich auch, daß die Nummern rüben und fand einen Katalog; es konnte keinen Zweifel mehr geben: dies hier war eine Leihbibliothek. Bald erfuhr ich von dem in der Nähe befindlichen jungen Aufseher, daß diese Bibliothek eine städtische Einrichtung ist, völlig unentgeltlich natürlich, und das es solcher Bibliotheken eine ganze Reihe gibt, noch einige im Retiro selbst, einige im „Park des Westens“, im Zoologischen Garten usw. Es gibt auch eine spezielle Kinderbibliothek dieser Art. Ich schaute mir den Katalog an; es waren meistens belletristische Werke darin, aber nur von besten spanischen Schriftstellern, auch einige Uebersetzungen der namhaftesten Vertreter der Weltliteratur, schließlich sogar einige wenige in fremden Sprachen, darunter ein Buch von Heinrich Mann. Dazu einige Geschichtsbücher, einige literarische Studien, die spanischen Klassiker. — Die Bibliothek wird am frühen Morgen geöffnet und schließt erst, wenn der Park in der Dämmerung geschlossen wird. Die Gesichter der Lesenden waren mir ein lebendiger Beweis dafür, welche Wohlthat für sie diese Bibliothek ist; es waren unter den Lesenden einige jugendliche, einige ältere Damen; meistens aber sahen sie nach arbeitslosen Angestellten und Arbeitern aus.

Als der Beamte sah, wie überrascht und begeistert ich war, sagte er mir lächelnd, es gäbe noch andere Dinge dieser Art, die mich vielleicht wundern würden, weil man sie im Ausland gar nicht kenne. Er wies mich an die Bibliotheca literaria circulativa, die städtische Leihbibliothek, die als solche keine besondere Ueberschätzung ist, höchstens in bezug auf den Eifer und die Sorgfalt, mit der sie geleitet wird. Bei ihrer Gründung vor 12 Jahren betrug sie nur 2000 Bände; heute ist sie im Besitz von 50.000. Die Arbeit dieser 12 Jahre drückt sich aber auch in anderen Erfolgen aus: das Interesse der Massen wurde geweckt und der Geschmack der Lesenden gehoben, denn die Einstellung der Beamten dieser Bibliothek ist eben nicht bürokratisch; man stellt sich die Aufgabe, dem Lesenden beratend zur Seite zu stehen, und gewinnt so natürlich Einflußmöglichkeiten. Wenn sich auch im großen und ganzen die städtische Leihbibliothek von anderen ihrer Art nicht unterscheidet, so kommen doch einige wesentliche Ueberschätzungen zum Vorschein, wie zum Beispiel, daß nicht nur Bücher ausgeteilt werden, sondern auch Musikhefte, und zwar sowohl zur Ausbildung als auch zu Übungszwecken. Die Leser der Bücher stammen meistens aus kleinstädtlichen Kreisen, aber auch viele Arbeiter kommen, um sich Bücher zu holen; die Kunden der Musikabteilung sind zunächst die Musikliebhaber, die kein Geld haben, um sich neue Noten anzuschaffen, dann die Musiklehrer, deren Ausbildung erschwert ist durch Mangel an Musikheften, schließlich die heischenden Berufsleute, die sich ihr Repertoire auf diese Weise vorbereiten können. Man erzählt, daß viele Musiker dank dieser Leihanstalt ihre Ausbildung bis zu einem sehr hohen Grade führen konnten, und es gibt sogar Künstler, die heute einen hohen Rang einnehmen, die einst die Hilfe der Leihanstalt in Anspruch genommen haben.

Die letzte und größte Ueberschätzung aber ist ein Projekt, das bald verwirklicht werden soll: die musikalische Abteilung der städtischen Leihbibliothek wird auch Musikinstrumente unentgeltlich verleihen. Was diese Neuerung für mittellose begabte Musiker bedeutet, kann man sich leicht vorstellen.

Nicht unerwähnt soll auch ein anderes Projekt bleiben, nämlich das einer Leihbibliothek im Freien, die auf dem spanischen Platz errichtet werden soll vor dem herrlichen Cervantes-Denkmal, und die ausschließlich aus Werken von Cervantes und Kommentaren dazu bestehen soll. Eine phantastisch schöne Idee, den jungen Spanier seinen größten Dichter gerade hier kennen lernen zu lassen, mitten im Straßenleben von Madrid, aber von ihm durch die Bäume des Parks abgetrennt, und angesichts des lebendigen Denkmals, das den Don Quixote auf seiner Kaimantze und Sancho Panza auf der Eselin so darstellt, wie wir sie seit den Tagen unserer Kindheit in der Vorstellung haben. Darin liegt auch die Idee einer Huldigung für den Dichter, die tausendmal stärker ist als das Denkmal selbst.

Spanische Ueberschätzungen. Der Kampf mit der Unwissenheit, der Kampf um die höchsten Kulturgüter, vereint mit dem warmen Gefühl für die Strebenden und Ringenden, Sinn für die Schönheit der Umgebung, in der der Aufstrebende die Kunst kennen lernt, Sinn für die Ehrerbietung, die dem Genie zukommt. Gibt es nicht so mancherlei, was man bei den Spaniern lernen könnte? Sophie Krausjok.

Goebbels und Knickerbocker

Mit diesem Kopf hoch Goebbels im Eisenbahnsteig und überlegt, was er seinen Verehrern über den neuen Mäxerfolg bei der Wahl erzählen soll.

Im Nebenabteil streitet sich der amerikanische Journalist Knickerbocker mit einigen seiner deutschen Freunde darüber, ob der rote Handel losd oder droht. Diese Unterhaltung ist so lebhaft, daß Goebbels, der immer wieder von seinem Thema abgelenkt wird, durch den Schaffner um Ruhe bitten läßt.

„Der Herr soll mich mal...“ meint Knickerbocker und redet weiter. Der Schaffner erzählt das Goebbels, der darauf wutentbrannt ins Nebenabteil humpelt und brüllt: „Wer hat hier eben gesagt, ich sollte ihn mal?“

„Ja“, sagt leichenruhig der Amerikaner, „aber jetzt, wo ich Ihr Gesicht sehe, verbiete ich es Ihnen.“

W. K.

Uff! Gehört der Dr. Joseph Goebbels nicht der Zeitgeschichte an, ist man nicht besorgt, Photos, Karikaturen, Witze und Anekdoten über seine sonst doch so hochgeschätzte Persönlichkeit der Mitwelt zugänglich zu machen? Man ist nicht besorgt! Denn es steht es, schwarz auf weiß, in der Anlage des oben schon wiedergegebenen Briefes (§ 11):

Berlin, 14. November 1932.

Berichtigung!

Den in Nr. 46 der „Welt am Montag“ unter der Überschrift „Goebbels und Knickerbocker“ erschienenen Artikel berichte ich wie folgt:

Es ist unwar, daß ich den in diesem Artikel geschilderten Wortwechsel mit dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker gehabt hätte. Wahr ist vielmehr, daß ich Knickerbocker niemals in meinem Leben im Zuge gesehen oder irgendwie getroffen habe, und daß ich einen Zusammenhang des von ihm behaupteten Inhalts weder mit Knickerbocker noch mit irgendeinem anderen jemals gehabt habe.

Dr. Goebbels.

VI.
Wir gestehen, wir waren zunächst erstaunt, erschüttert, erschlagen. Berichtigung einer Anekdote auf Grund des § 11 des Pressegesetzes, das war noch nie da, nie, seit es eine Presse, eine öffentliche Meinung gibt. Diesen Rekord an Unmuth, Arroganz, Verhöhnung zu erreichen, war erst dem Dr. Joseph Goebbels vorbehalten. Er hat sich damit einen zweiten Doktorhut verdient — den Dr. der Humorslosigkeit.

Er hat ihn verdient im Spätherbst des Jahres 1932: in Deutschland, dem Land ohne Fächeln, und damit zum letzten Male, bündig und über jeden Zweifel erhaben, erwieilen, daß in diesem Lande nichts Gutes, nichts Großes, nichts Bleibendes gedeihen kann, solange es unter der humorlosen Zuchtlosigkeit dieser humorlosen Gesellschaft steht. Mit Fächeln als Kasper und dem gemüthlichen Hagen Dr. Goebbels als seinem Propagandachei kann dieses arme aller Länder nur noch einmal hoffen, daß ein unfreies Volk seines Aristophanes würdig ist und damit auch nicht fähig ist, mit dieser von Gott und allen guten und bösen Geistern verlassenen Gesellschaft, die sich diesen Dr. Joseph Goebbels als Vorkämpfer hat, seine innere und äußere Freiheit zu gewinnen.

Deutschland wird nie sein, wenn Joseph Dr. Goebbels am Anhalter Bahnhofs den aus der Provinz Zurückkehrenden die Stiefel wäscht, und Adolf, der Hitler, im überrechten Jankel die Röhre hütet. Vielleicht entnimmt dann auch Beiden endlich eine Philosophie: die Philosophie des Humors...

Arbeiter kommen, um sich Bücher zu holen; die Kunden der Musikabteilung sind zunächst die Musikliebhaber, die kein Geld haben, um sich neue Noten anzuschaffen, dann die Musiklehrer, deren Ausbildung erschwert ist durch Mangel an Musikheften, schließlich die heischenden Berufsleute, die sich ihr Repertoire auf diese Weise vorbereiten können. Man erzählt, daß viele Musiker dank dieser Leihanstalt ihre Ausbildung bis zu einem sehr hohen Grade führen konnten, und es gibt sogar Künstler, die heute einen hohen Rang einnehmen, die einst die Hilfe der Leihanstalt in Anspruch genommen haben.

Die letzte und größte Ueberschätzung aber ist ein Projekt, das bald verwirklicht werden soll: die musikalische Abteilung der städtischen Leihbibliothek wird auch Musikinstrumente unentgeltlich verleihen. Was diese Neuerung für mittellose begabte Musiker bedeutet, kann man sich leicht vorstellen.

Nicht unerwähnt soll auch ein anderes Projekt bleiben, nämlich das einer Leihbibliothek im Freien, die auf dem spanischen Platz errichtet werden soll vor dem herrlichen Cervantes-Denkmal, und die ausschließlich aus Werken von Cervantes und Kommentaren dazu bestehen soll. Eine phantastisch schöne Idee, den jungen Spanier seinen größten Dichter gerade hier kennen lernen zu lassen, mitten im Straßenleben von Madrid, aber von ihm durch die Bäume des Parks abgetrennt, und angesichts des lebendigen Denkmals, das den Don Quixote auf seiner Kaimantze und Sancho Panza auf der Eselin so darstellt, wie wir sie seit den Tagen unserer Kindheit in der Vorstellung haben. Darin liegt auch die Idee einer Huldigung für den Dichter, die tausendmal stärker ist als das Denkmal selbst.

Spanische Ueberschätzungen. Der Kampf mit der Unwissenheit, der Kampf um die höchsten Kulturgüter, vereint mit dem warmen Gefühl für die Strebenden und Ringenden, Sinn für die Schönheit der Umgebung, in der der Aufstrebende die Kunst kennen lernt, Sinn für die Ehrerbietung, die dem Genie zukommt. Gibt es nicht so mancherlei, was man bei den Spaniern lernen könnte? Sophie Krausjok.

Eine Anekdote

Emil Kuch, der Freund und erste Biograph Friedrich Goebbels, erzählt die folgende wahre Geschichte, die wie eine gut erfundene Anekdote klingt:

Im Frühjahr 1861 sah Heibel sich im Wiener Burgtheater die Tragödie „Myrrha“ des italienischen Dichters Alfieri an; die Dittelfolle spielte die berühmte italienische Schauspielerin Adelaide Ristori. Hinter Heibel lag der alte Graf Ulrich-Bellinghausen, früher Bundestagspräsident in Frankfurt, den Heibel von Ansehen kannte. Auch der Graf wußte, wer der hellblonde Mann war, der vor ihm lag. In der Pause sprach sich der Graf zu seinem Nachbarn über das Thema des Stückes aus und meinte, die Tragödie wäre zwar gräßlich, aber immerhin noch nicht so abscheulich wie die „Myrrha“. (Damit meinte er das Erstlingsdrama des vor ihm stehenden Heibel.) Der Graf sprach absichtlich so laut, daß Heibel jedes Wort verstehen konnte. Möglich erdab Heibel sich, drehte sich um und sagte noch lauter: „Man sollte es nicht für möglich halten, daß die abschließliche Ungewissheit so weit gehen kann. Was doch mitunter auf Stammhämorrhoiden und eine gewisse...“

Als der Vorhang wieder in die Höhe ging, war der schlecht erzogene Aristokrat verschwunden.

Vergiß es nicht!
Die Loss der Weihnachts-lotterie 1932 der Arbeiter-wahlfahrt werden schnell ver-griffen sein.

Helft den jungen Erwerbslosen!

Ein dringender Appell

Anscheinend ist die besondere Notlage der jüngeren Erwerbslosen allgemein bekannt. Anscheinend sind auch bereits ausreichende Hilfsmaßnahmen zur Linderung ihrer Not getroffen. So hätte man erst kürzlich davon, daß nun auch für die Arbeitsdienstwilligen, die infolge des Winters oder infolge des Ablaufs der jugendlichen Förderungszeit nicht wieder beschäftigt werden können, gesorgt sei; sie können nun auch an den beruflichen Schulungsstellen für jüngere Erwerbslose teilnehmen. Anscheinend ist alles in bester Ordnung. Tatsächlich weisen jedoch die bisher für die jungen Erwerbslosen getroffenen Hilfsmaßnahmen schwere Mängel auf. Dieser Mangel muß so rasch wie möglich beseitigt werden, und zu diesem Zwecke richtet der Jugendleiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Masche, folgenden dringenden Appell an die maßgebenden Stellen:

Ende Juli 1932 waren nach den Feststellungen der Arbeitsämter zirka eine Million männlicher und zirka 400 000 weiblicher Arbeitslose unter 25 Jahren vorhanden. Von diesen jungen Erwerbslosen — es sind bestimmt mehr als 1,5 Millionen, da die Fälligkeit der Arbeitsämter nur die gemeldeten Arbeitssuchenden erfasst — erhält höchstens rund die Hälfte Arbeitslosen-, Arbeits- oder Wohlfahrtsunterstützung. Für die kommenden vier Monate können nur etwa 100 000 Erwerbslose im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden. Weiter werden etwa 300 000 Jugendliche an den beruflichen Schulungsstellen der Arbeitsämter teilnehmen können. Die Arbeitsämter haben aber keine Mittel, um den Kurzarbeitern auch eine unmittelbare Hilfe, etwa eine Mahlzeit, zu bieten. Infolgedessen wird den bisherigen Teilnehmern am freiwilligen Arbeitsdienst, die weiter wie früher keinerlei Unterstützung erhalten, nicht die geringste Hilfe zuteil, wenn sie auch zu Schulungsstellen zugelassen werden. Was bisher aus Mitteln der Jugend- oder Wohlfahrtspflege geleistet wurde, dürfte für diesen Winter erheblichen Einschränkungen unterliegen. Die von Berufs-, Jugend- und Sportverbänden bisher getroffenen Erwerbslosen-Zusammenkünfte können wegen der fehlenden Mittel — Preußen hat gegen das Vorjahr die Haushaltsmittel für Erwerbslosenbetreuung von 1 Million auf 750 000 Mark herabgesetzt — nur noch in ganz bescheidenem Umfang weitergeführt werden. In eine Gewährleistung von Mahlzeiten war in diesen Veranstellungen bisher schon nur unter besonders günstigen Umständen zu denken, künstlich wird davon aber hauptsächlich keine Rede sein können, denn die Verbände mit ihren vielen erwerbslosen Mitgliedern sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Welche Anziehungskraft aber Schulungs- und Arbeitsstellen auf junge Menschen, die im dritten, ja im vierten

Jahre erwerbslos sind, noch ausüben können, wenn für sie mit dem Besuch keinerlei direkte Erleichterung ist, schweren Schicksals verbunden ist, läßt sich nur schwer ausmalen. Es werden also vornehmlich nicht nur zwei Drittel von den 1,5 Millionen jungen Erwerbslosen ohne eine irgendwie gestaltete Ausfüllung ihrer freien Zeit verbleiben, es wird auch das Interesse der in Kurzen und Erwerbslosen-Heimen zusammengekauften jungen Menschen an den für sie getroffenen Veranstaltungen aus begrifflichen Gründen sehr gering sein.

Die sich aus dieser Situation für die Jugend selbst, aber auch für Staat und Gesellschaft ergebenden Gefahren sind zu offensichtlich, als daß sie noch ausführlich schildert werden müßten. Die täglichen Polizeiberichte zeigen, wie in immer zahlreicher werdenden Fällen junge Menschen zu Taten getrieben werden, die sie mit dem Gesetz in Konflikt bringen. Soll die Hoffnungslosigkeit und die Not der jungen Erwerbslosen erst zu solchen Ausbrüchen der Verzweiflung führen, denen vielleicht mit polizeilichen Mitteln nicht mehr begegnet werden kann? Wir glauben, daß auch heute, wo vor lauter Sorgen um eine Regierungsbildung nicht registriert werden kann, sich für die Jugend des Volkes verantwortlich fühlende Stellen im Reich müßten, denen Vorbeugung und Hilfe für die Jugend besser erscheinen als Maschinengewehr und Zuchthaus.

Es ist bei gutem und energischem Willen auch jetzt noch nicht zu spät, die für den Winter unbedingt notwendigen Maßnahmen zu treffen. Zuerst muß es geschehen: Erstens müssen die jungen Erwerbslosen ersaffenden Massenorganisationen in die Lage versetzt werden, in weitestem Umfang Veranstaltungen der verschiedensten Art für die erwerbslose Jugend zu treffen, indem ihnen kostenlos geeignete Räume oder die Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden. Zweitens muß ermöglicht werden, daß bei all diesen Erwerbslosenveranstaltungen wie auch bei den Kurzen der Arbeitsämter und sonstigen Schulungsmaßnahmen wenigstens eine warme Mahlzeit und ein kräftiges Stück Brot gegeben wird. Diese Hilfsmaßnahmen müssen vom Reich aus, und zwar zweckmäßigerweise über die Arbeitsämter, durchgeführt werden, denn die Arbeitsämter sind schon seit längerer Zeit die Stellen, in denen alle Hilfsmaßnahmen für die jüngeren Erwerbslosen ihre Zusammenfassung finden sollen.

Man verweise nicht auf Volkstücken und Erwerbslosenvereinigungen. Die von diesen Stellen ermöglichten Leistungen berühren das vorliegende Problem nicht. Eine Winterhilfe für die jungen Erwerbslosen muß geschaffen werden — eine Winterhilfe, die diesen Namen auch wirklich verdient. Helft der hungernden Jugend!

der Breslauer Produktbank, Häute, Fell- und Textilwertungen zu einer Zellenversammlung eingeladen. Von den 34 Mann starken Belegschaft waren fünf erschienen, denen er nun das Evangelium des großen Adols laudat. Eigentlich ist die Angelegenheit nicht so interessant, doch die Ausführungen dieses Apostels sind so wertvoll, daß sie der Mitwelt zur Kenntnis gebracht werden müssen.

Selbstverständlich sind nach den Ausführungen Hohes an allem Uebel die Juden schuld und dann die Margiten, deshalb muß der marxistische Staat beseitigt werden. Auf einen Zwischenruf betonte er nochmals ausführlich, daß der jetzige Staat ein marxistischer Staat sei. Sozialismus heißt für die Nazis Kameradschaft, und wie sich diese auswirkt, hat er an folgendem Beispiel klar gemacht: „Vor kurzem hat ein Hofarbeiter mit Herrn von Woylich auf dessen Gute Streit gehabt, in dessen Verlauf der Hofarbeiter dem Woylich eine Ohrfeige verabreichte. Da nun der Hofarbeiter SS-Mitglied ist und von Woylich gleichfalls der Nazi-Partei angehört, hat sich dieser edle Herr diese Ohrfeige vor lauter Kameradschaft ruhig eingestrichelt.“

In diesem Sinne waren die ganzen Ausführungen gehalten. Auf eine Frage aus der Versammlung, warum die Nationalsozialisten beim Volkstribunal über die Kürzenabfindung gegen den Volkstribunal eingetreten sind, wußte der Redner nichts anderes zu antworten, als daß er mit dieser Materie nicht vertraut sei und er werde dem Anfrager schriftlich Antwort erteilen.

Man muß tatsächlich Mitleid mit Leuten haben, die derartigen Ansichten verfallen und politische Säuglinge sind. Noch mehr Mitleid aber mit denen, auf die solche Leute losgelassen werden. Zwei eingeschriebene Nazis waren auch unter den Zuhörern von der Belegschaft der Fleischer Franz Schmitz, Popelwitz, 31, der früher einmal freigewerkschaftlich organisiert war. Nachdem er aber Vorarbeiter im Betriebe wurde, hatte er die Organisation nicht mehr nötig. Er entpuppte sich als Antreiber schlimmster Art. Vielleicht hofft er, im Dritten Reich eine entsprechende Stellung zu erhalten. Dann ist noch der Fleischer Georg Cimba l, Scheitniger Straße 16, der die Organisation als melkende Kuh betrachtete, nachdem er schon mehrere hundert Mark mehr herausgehoben als eingezahlt hatte und nun hinter dieses Geschäft kam, die Organisation nicht mehr brauchte. Man sieht, ausgezeichnete Menschen, die wert sind, in der Nazi-Partei zu sein.

Die Sowjet-Regierung im Kampf mit den Bauern

Die „Sa.-Industri.“ (20. November) besagt sich im Leitartikel mit den Zuständen auf dem Kuban-Lande, wobei sie darauf hinweist, daß die „kulakische Ideologie“ und eine „liberalistisch-bourgeoise Deutung“ der Zulassung des Kolchos-Handels, eine sehr große Verbreitung gefunden haben, und zwar sowohl bei den Einzelbauern wie bei zahlreichen Mitgliedern von Kollektivwirtschaften. Der „Klassenkampf im Dorf“ nehme seinen Fortgang und die kulakischen Elemente haben es vielfach erreicht, einen Teil der Kollektivbauern unter ihren Einfluß zu bringen. Die Agitation der Kulaken richtete sich gegen die Durchführung der Getreideausbringungspläne und zielt auf eine Sabotage der Herbstausaat. Nachdem den Kulaken die „direkte Attacke“ gegen die Kollektivwirtschaften mißglückt sei, versuchen sie „nicht ohne Erfolg“, die wirtschaftliche Konsoziation der Kollektivwirtschaften zu verhindern, und veranlassen eine Vergebung von Eigentum dieser Wirtschaften, eine Verkleinerung von Getreide in die Hauswirtschaften der einzelnen Mitglieder. Alle diese Erscheinungen haben einen besonders großen Umfang im Kuban-Gebiet (Nordkaukasien) angenommen. Einige Dörfer (Stauzen) dieses Gebietes haben Ende Oktober unter dem Einfluß der Kulaken die Getreidebereitstellung vollständig eingestellt. Der Artikel schließt mit der Aufforderung, unerbittlich alle Mittel zwecks Niederdrückung der kulakischen Widerstände einzusetzen. In der Tat hat im Kuban-Gebiet eine große Reinigung aller ländlichen Partei-Organisationen eingeleitet. Eine Reihe von Parteifunktionären, die zugelassen haben, daß Getreidevorräte der Kollektivwirtschaften ausgeraubt werden oder die von Kulaken bestochen worden sind, sind aus der Partei ausgeschlossen worden.

Die erheblichen Schwierigkeiten mit denen dieses Jahr die Getreideausbringung durch die Staatsorgane verbunden ist, rufen ihre Erklärung in erster Linie in der Freigabe des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die allerdings nur für Kollektiv- und sogenannte „wertkätige“ Bauern gelten soll, aber in Wirklichkeit der gesamten Bauernschaft die Möglichkeit eröffnet, ihre Erzeugnisse, auch das Getreide, viel gewinnbringender auf den Kolchos-Märkten zu verwerten, als durch Ablieferung an den Staat. Alle Berichte der Sowjet-Presse lassen erkennen, daß es auf dem Lande in letzter Zeit recht unruhig geworden ist.

Ein Schildbürgerstreich

Ein Einheitspreisgeschäft in Stolp will an seinem Laden, so berichtet „Der freie Angestellte“, Verhandlungen mit dem Magistrate, ein Kellner-Belegschaftsmitglied anbringen. Es ersucht den Magistrat um die Genehmigung zur Anbringung und wird abschlägig beschieden, weil — „das Schild seiner Art nach die öffentliche Ordnung gefährdet.“ Woher diese revolutionäre Wirkung eines Schildes? Nun: die Verordnung des Reichspräsidenten vom 9. März 1932 hat für die Städte unter 100 000 Einwohnern eine Sperre für Einheitspreisgeschäfte errichtet; da nun, so meint der Stolper Magistrat, diese Verordnung auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 zur Abwehr einer Sicherheitsgefährdung der öffentlichen Ordnung ergangen sei, müsse also logischerweise auch ein Einheitspreisgeschäft die öffentliche Ordnung gefährden und in logischer Konsequenz auch ein Belegschaftsmitglied eines Einheitspreisgeschäftes! Auf die Beschwerde des Einheitspreisgeschäftes hat der Regierungspräsident natürlich diesen Antrag nicht anerkannt und einen Beschluß der Stolper Stadtverordnetenversammlung gefordert. Der Magistrat dagegen hat die Stadtverordnetenversammlung beschworen, seiner Entscheidung beizutreten, da der Einheitspreisladen das einheimische Gewerbe wirkungslos in seinem Bestande gefährdet und daher unter allen Umständen unerwünscht ist, auch wenn man eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch ihn nicht als gegeben ansehen will. Die Stadtverordneten haben dem zugestimmt — trotzdem es sich ja gar nicht um die Genehmigung zur Errichtung des Geschäfts, sondern nur um ein Schild handelt. Aber Konkurrenz ist Konkurrenz. Auf die neuerliche Beschwerde des Geschäfts hat sich der Regierungspräsident als „nicht zuständig“ erklärt. Und nun wird vielleicht das Schild noch bis zum Winter geschickt werden müssen — im Hinblick auf den Stolper Schildbürgerstreich dem „allgemeineren“ freigegeben.

Sofortprogramm

Durch Aufträge der Gemeinden könnten 200 000 Arbeiter beschäftigt werden

Die Arbeitsbeschaffung durch Subventionen an das Unternehmertum, durch Lohnkürzungen und Einstellungsprämien, wie sie sich der verflochtene Reichsfinanzminister von Papen dachte, hat sich als Fehlschlag und Fiasko erwiesen. Die Entwicklung gab denjenigen Recht, die gegenüber den phantastischen Versprechungen der Regierung Papen gewarnt haben, um Enttäuschungen, die wiederum die Wirtschaft entmutigen müssen, zu vermeiden.

Der Papenplan hatte dazu noch die besondere Spitze, die öffentliche Hand völlig auszuschalten. Die öffentliche Wirtschaft wollte man gewissermaßen als minderwertig, als zweitklassig und als Nebenbrüder kennzeichnen, was sich heute darin zeigt, daß man ganz allgemein und mehr als zuvor einseht, daß die öffentliche Wirtschaft bei der Anforberung nicht entbehrt werden kann. Heute ist man sich darüber einig, daß die öffentliche Wirtschaft, vor allem die Gemeinden, wieder in die Lage gesetzt werden muß, Aufträge an die Wirtschaft, in erster Linie an die mittleren und kleineren Betriebe zu geben. Der Reichsbankpräsident Luther hat das kürzlich in seiner Mündener Rede besonders unterstrichen.

Nachdem man sich zu dieser Erkenntnis durchgedrungen hat, soll man aber auch den Worten Taten lassen. Redereien und lange Betrachtungen, wie sie gerade in Gefolgschaft der aufzulegenden Regierung üblich geworden sind, bedeuten nur Zeitverlust. Wenn die Gemeinden aber wieder Aufträge herausgeben sollen, dann muß man ihnen finanziell beistehen; dann muß man ihnen in ihrer finanziellen Not, in die sie unvermeidlich geraten sind, Hilfe bringen. Voraussetzung für eine wirkliche Anforberung der Wirtschaft bedeutet also Milderung der Finanznot bei den Gemeinden.

Von Sachverständigen wird berechnet, daß den Gemeinden fürs erste mit Hilfe geschaffen werden kann, sofern man ihnen mit etwa 50 Millionen Mark beisteht. Damit würden die Gemeinden wieder lauffähig werden und könnten Arbeiten an die Industrie vergeben und selbst Arbeiten (Straßenbau usw.) vornehmen. Es ist damit zu rechnen, daß mit diesen 50 Millionen Mark rund 200 000 Arbeitslose wieder Arbeit und Brot finden können.

Die Forderung ist finanziell nicht überspannt. Sie kann erfüllt werden. Sie muß sogar erfüllt werden; denn die Gemeinden gehen in ihrer Finanznot dazu über, lebensnotwendige Arbeiten zu droffeln. Daß derartige Methoden jetzt den Arbeitsmarkt und die öffentliche Wirtschaft belasten und später zu einer gegen und doppelten Belastung der Finanzen führen müssen, versteht sich von selbst.

Diese Gründe müßten schon dafür entscheidend sein, die oben angelegten Forderungen zu einem Sofortprogramm zu erheben.

Lohnkämpfe im Baugewerbe

Der Bauarbeiter kämpft die Wirtschaft

Das höchste Beispiel der mittelständischen Unternehmern Die Wirtschaft braucht Ruhe! Täglich hören wir diesen Ruf aus der Unternehmerrunde dringen. Die Konsumtion der Wirtschaft kommt aber nicht nur von der Arbeit der Arbeiter, die Unternehmer selbst sind es, die die Wirtschaft nicht nur nahe kommen lassen. Ein neuer Beweis dafür ist die Haltung der Bauunternehmer. Schon wieder wird das Baugewerbe von den Unternehmern mit Lohnabbau- und Wegnahme bestraft. Schon wieder werden die Bauarbeiter durch Arbeitsgeber-Präsentationen der verschiedensten Art herausgeschoben.

Der niedrige Lohnabbau per Kontratsänderung genügt den Arbeitgebern immer noch nicht, obwohl dieser Abbau strukturell

viel Unruhe und Schaden gestiftet hat, wie gerade im Baugewerbe, wo die tarifvertraglichen Bestimmungen auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung geschaffen wurden und für das Gewerbe eine Lebensnotwendigkeit darstellen. Die Dezember-Notverordnung vom vergangenen Jahr hatte bestimmt, daß die Tariflöhne vom 1. Januar 1932 an auf den Stand vom 10. Januar 1927 zurückgeführt werden müssen. Es müßten also damals neue Löhne tarifvertraglich festgelegt werden. Dabei wurden sehr verschiedene Abblauftermine anberaumt: am 31. Oktober lief der Tariflohn für elf Gebiete ab, am 30. November für vier weitere Gebiete, und am 31. Dezember liegt der Ablauftermin für zwölf Gebiete.

Im Angriff auf den Lohn gingen die Bauunternehmer des mittelmäßigen Gebietes mit schlechtem Beispiel voran. Die Art ihres Vorgehens zeigt, daß bei manchen Unternehmerngruppen das für die Regelung lohnpolitischer Fragen notwendige soziale Verständnis völlig vor die Hunde gegangen ist. In Mittelgebieten wurde zum Beispiel von den Unternehmern sofort der staatliche Schlichtungsausschuß Breslau angegangen, obwohl hierzu gar keine Veranlassung vorlag. Der Schlichter füllte dann einen Spruch, wonach in den ersten fünf Lohnklassen der alte Lohn bestehen bleiben und in den Lohngruppen 6, 7 und 8 der Lohn abgeführt werden soll. Der Spruch sollte Geltung haben bis Ende Dezember. Die Unternehmervertreter lehnten ihn ab, und gaben sofort Anweisung, im Lohn 10 Pfennig unter dem Spruch des Schlichters zu bleiben. Erst daraufhin ergriffen die Bauarbeiter in Breslau, Waldenburg, Strehlen, Habelschwerdt und in einigen anderen Orten Schlichtens Kampfmaßnahmen. Jetzt liegen die Unternehmer zum Arbeitsgericht; sie wollten eine einseitige Vergütung zur Einstellung der Kampfmaßnahmen gegen den Bauergewerksbund erwidern. Der Schritt des Unternehmerverbandes vor dem Arbeitsgericht blieb jedoch ohne Erfolg. Daraufhin gingen die Unternehmer zu Kasperowitsch über. Die Antwort der Bauarbeiter war dementsprechend und — überall knurrten die Lohnabbaugegner, der Unternehmer abgesetzt werden, überall gelang es, dem Spruch des Schlichters Geltung zu verschaffen, und die Unternehmer müßten die Lehre annehmen, daß sie, selbst in der wirtschaftlich für die Arbeiterklasse so überaus schwierigen Zeit, mit ihrem Kopf nicht durch die Wand können.

Der Streit in der Mathenower Dampfmaschinen U. G.

ist erfolgreich beendet worden. Zunächst hat die Firma einen Lohnabbau von 10 Prozent an, dann machte sie den Vorschlag, die Löhne in allen Gruppen um 3 Mark zu kürzen. Infolge des Widerstands der Belegschaft mußte sie sich schließlich dazu begeben, die alten Löhne bis Ende d. J. weiter zu zahlen; ab 1. Januar werden sie um 2,50 Mark in allen Gruppen gekürzt. Das neue Abkommen ist erstmalig zum 31. 7. 1933 kündbar.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Daraufhin nahm die Belegschaft geschlossen die Arbeit wieder auf. Maßregelungen finden nicht statt. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.

Magistratsangestellter Doche als Naziredner

Für den Städtischen Schacht und Wasserbau ist als stellvertretender Magistratsangestellter Doche von den Nazis beauftragt worden und hatte vor einigen Tagen die Rede gehalten

Breslauer Nachrichten

25 Jahre Arbeiterjugend

Die Feier im Gewerkschaftshause

Bei dieser Vierteljahrhundertfeier des Bestehens der Arbeiterjugend gab es keine Festrede, keine Rückschau, keine gedanklich formulierten Zukunftswünsche. Zur Reflexion wurde keine Zeit gelassen — Lebendiges sollte unmittelbar durch Auge und Ohr erlebt werden.

Also zeigte die Arbeiterjugend, wie sie lebt und leidet, wie sie liebt, hakt, von welchem leidenschaftlichen Verlangen nach Veränderung dieser Gesellschaft sie befeuert wird. Sie sagt das mit ihrem Ausdrucksmittel: Bewegung, Wort, Tana. Es spricht nicht einzeln, es spricht das Kollektiv. Otto Zimmermann klagt an: Es wird so schrecklich viel von Sozialismus geredet. Hier haben sich junge Menschen zusammengefunden um ein Stück proletarischer Festkultur zu gestalten. Es muß möglich sein, dieses Kollektiv zu erhalten, diese Welt weiter auszubauen.

Die Alten klagen oft über die Laubbild der Jungen. Hier waren sie nicht lau. Hier hatten sie sich mit fanatischer Beisehung in ihre Arbeit verflochten, hier rangen sie mit jeder Geistesbewegung, sich selbst und damit die gesamte proletarische Jugend auszudrücken. Sie schrien ihre Verzweiflung im „Arbeitslosenlied“ heraus, stöhnten im „Lied der Qual“ und im „Sommerlied“ unter dem Schicksal der proletarischen Knechtschaft und formten in einem Bewegungsprediger von rührender Zartheit und Unbedingtheit „Warte nicht!“ ihren sehnsüchtigen Lebenswunsch nach Liebe, Befreiung, Erfüllung in wirklich inbrünstiger Angegebenheit. Sie tanzten die Marktafelle und die Internationale und von Minute zu Minute wurde man stärker hineingerissen in die leidenschaftliche Glut, mit der die jungen Genossen auf ihre Weise die Sache des Proletariats vorwärts trieben. Zwischen ihnen Otto Zimmermann, der Helfer, der Kamerad, der Führer. Er ist an der Spitze, spricht allein und überaus, weil er bekennt. Keiner, der seine Beshwörung zum Kampf gegen Arbeitsdienstpflicht und Wehrpflicht, der Einigung des Proletariats gehört hat, kann sie je vergessen — und soll sie auch nicht vergessen. Proletarier aller Länder, aller Städte... Er ist mitten im Chaos, einer von vielen und verschwindet gänzlich hinter den Kulissen. Aber sein Atem weht durch diese tanzen- und sprechende Jugend, der heiße Atem gespanntesten, gewaltungswillens einer neuen, einer proletarischen Kultur.

In diesem Zeichen stand die Feier unserer Arbeiterjugend. In den Wänden hingen Transparente: „Macht jung die Partei“ — „Macht sie jung im Geiste dieser revolutionären Kulturarbeit.“ E. R.

Selbsthilfe Breslauer Künstler

im ehemaligen Generalkommando in der Schweidnitzer Straße

In den wieder von der Firma Lech freundlicher Weise zur Verfügung gestellten Räumen des ehemaligen Generalkommandos haben sich schlesische Künstler des Reichsverbandes bildender Künstler eine Selbsthilfe eingerichtet. In äußerst heimelnd und nett hergestellten Räumen haben sie ihre Kunstwerke zum Zwecke des Verkaufes ausgestellt. Sie selber sind Produzenten und Verkäufer. Viele, viele von ihnen werden nun um den Kunden. Diese Organisation einer solchen Selbsthilfe ist für Breslau neu, mit geringen, zum Teil von Behörden zugewandten Mitteln war dieses Wert möglich.

Man scheue sich durchaus nicht, diese recht bunte Meise von schönen Sachen sich einmal anzuschauen. Man glaube nicht, daß es unerwünschte Preise sind, die hier gefordert werden. Schon für wenige Mark kann man wirklich brauchbare kunstgewerbliche Sachen erwerben. Wenn man weiß, was heute oftmals ein Kitschgegenstand kostet, ist man erstaunt, wie billig man hier nur gute kunstgewerbliche Waren kaufen kann. Selbst die Preise für Originalgemälde — denn nur solche sind hier ausgestellt — sind im allgemeinen nicht hoch und kann man gerade hier vor Weihnacht zum Geschenk ein Werk von bleibendem Wert erwerben. Man beurteile nicht den Wert eines Werkes und auch nicht den Wert des schaffenden Künstlers nach dem vielleicht hier angezeigten, billigen und unter Umständen noch etwas weiter herabgesetzten Preisen. Künstler sind heute ärger als manche andere Schicht in Not und können darum sich nicht immer an hier übliche Preise halten. Auf jeden Fall bejahe man diese Verkaufsausstellung. Der Eintritt ist frei, und die Künstler stehen jedem gern zur Verfügung zur Verfügung.

Die neue Schlacht bei Leuthen

und der Unterschied zwischen Hunger- und Wehrsport

Das hätten sich der Fridericus-Bez und seine alten Bräutigam am 5. Dezember 1757 sicher nicht träumen lassen, daß 175 Jahre nach ihrer eigenen Schlacht bei Leuthen eine neue Schlacht auf den gleichen Schlachtfeldern aufmarschieren und die zweite Schlacht bei Leuthen viel besser schlagen würde.

Und doch ist es geschehen. Am Sonntag in aller Herrgottstüchle ging der Kummel los. Die Hitlerischen Botensammler wollten dem ungläubigen alten Fritz zeigen, was eine Partei ist und sie erledigten deshalb die Leuthenschlacht vom 4. Dezember 1932 mit ganzen 300 Männern ihrer Breslauer SA, wobei auch noch die „Feinde“ von diesem Häuflein gestellt wurden. Und tatsächlich wurde der von den Stahlhelmen so geachtete große König zum Weissenknaben, denn die Nazischlacht bei Leuthen war schon zu Ende, man hatte nicht einmal Tote bei Leuthen am Sonntag mittag wieder quietlichvergüht in Breslau ein. Der Nimbus des großen Feldherrn dürfte also durch Hitler's Breslauer Mann für alle Zeiten erledigt sein, er wäre sicher auch gar nicht Preußenkönig gewesen, wenn man damals schon einen Hitler aus Braunau gehabt hätte, daß heißt, wenn die Braunauer damals nicht gerade zu den Feinden des alten Fritz gezählt hätten.

Wenn man von der lächerlich anmutenden Kriegsspielerei noch eine ernste Seite betrachten will, dann kommt man auf den famosen „Wehrsport“, der es den Nazis ermöglicht, solche Kummelien, wie die Schlacht von Leuthen selbst in der Zeit eines leiblichen Burgfriedens durchzuführen. Die Schlächter im Braunhemb hatten sich nämlich am Sonnabend abend unter der Obhut von vier Schutzpolizisten am „Rechten Heller“ versammelt und waren in Gruppen von 50 Mann geschlossen abmarschiert. Man hatte sie draußen in Scheunen eingesperrt. Die Wehrschicht „Wehrsport“ genügt, um ihnen auch jedes nur erdenkliche Theater zu ermöglichen.

Der Hungerport wird nicht so rücksichtsvoll gewertet. Als sich gestern beispielsweise eine Anzahl Erwerbsloser aus dem Landkreis vor dem Landratsamte versammelten, in dem eine Delegation vorgelesen hatte, da wurden logischerweise Polizeigebote in größeren Massen eingesetzt. Die Proleten, die man zum Hungerport zwingt, die dürfen sich nicht einmal zu zehn oder zwanzig Mann zusammenstellen, geschweige denn, geschlossen aufmarschieren oder gegen ihren Hunger zu protestieren.

Herunter mit den Mieten!

Genosse Fritz Voigt in der Mitgliederversammlung der Eisernen Front

Wie kann eine Mietenlenkung am zweckmäßigsten erfolgen? — Verminderung der Zinslasten bei den Hypotheken und Auslegung der Amortisationslasten — Ist der Mieterstreik das wirksamste Mittel? — Nur Partei und Gewerkschaften gewährleisten erfolgreichen Kampf Durchsetzung berechtigter Mieterforderungen evtl. auch mit außerparlamentarischen Mitteln

Nach fünf schweren Wahlkämpfen kann sich nun die „Eiserne Front“ auch wieder anderen Dingen zuwenden. Eine der wichtigsten Fragen für den schaffenden Menschen ist die Gestaltung der Mieten, da heute fast noch mehr als in früheren Zeiten die Miete einen wesentlichen Teil des Verdienstes oder der Unterstützung in Anspruch nimmt. Der vollbesetzte große Saal des Schichwerders bewies das große Interesse der Anhänger der „Eisernen Front“ auch an dieser Frage. Genosse Fritz Voigt, der über diese Frage referierte ging einmal in rein sachlicher Weise auf die Frage der Mietengestaltung ein und konnte darum nicht minder den Beifall der Versammlung finden. Seine hier gemachten Vorschläge versprechen mehr Erfolg in der Herabsetzung der Mieten, als alle wild angelegneten und überstürzt durchgeführten Aktionen. Sie werden auch viel leichter durchzusetzen sein, als Partei und Gewerkschaften restlos sich diese Forderungen zu eigen gemacht haben.

Nach kurzen einleitenden Worten des Versammlungsleiters, Genossen Ruffert, nahm logisch

Genosse Fritz Voigt

das Wort zu seinen Ausführungen. Am empfindlichsten wird heute der Arbeitnehmer durch die regelmäßige Zahlung der noch immer sehr hohen Mieten betroffen. Wenn das Einkommen in der letzten Zeit immer mehr gekunken ist, während die Miete damit bei weitem nicht Schritt halten konnte, so liegt hier ein sehr wichtiges volkswirtschaftliches Problem vor, das nicht nur die Mieter allein, sondern darüber hinaus auch den Hausbesitzer ebenfalls angeht. Es interessiert aber auch darüber alle, die Geld und Kapital im Hausbesitz investieren haben. Letzten Endes kommen die Gelder für Hypotheken zu 90 Prozent durch Sparbanken und Versicherungsträgern aus den Kreisen der Mieter.

Die Forderung der Mietenlenkung ist für uns kein Schlagwort. So einfach wie die Nazis dürfen wir uns die Sache nicht machen, nämlich lediglich alles auf die „Beschreibung der Zinsnechtheit“ abstellen. Es gibt aber heute von keiner Seite kaum Hypotheken, da die Einnahmen und Beiträge überall zurückgegangen sind. Aus diesem Grunde kann heute nicht gebaut werden. Darum ist das Schlagwort von der Kapitalvernichtung, das hier auftaucht, völlig unverständlich.

Wenn der Staat 300 Millionen den Mietern anstatt 24000 Hauswirten gegeben hätte, so könnte der einzelnen Wohnung ein Zubehör bis 120 Mark zuzulassen. Es hätten in ganz Deutschland die Miete

Bei der Frage der Mietenlenkung ist eine Trennung von Alt- und Neubausmietern nicht vorzunehmen, wie es schon im allgemeinen nicht gerade recht zweckmäßig ist, hierfür noch besondere Organisation zu schaffen. Es muß Aufgabe der Arbeiterbewegung als solche sein, mit aller ihrer Kraft auch hier ihre Aufgaben zu lösen.

Wir müssen zunächst die Tendenz auf Herabsetzung der Hypothekenzinsen erheben, weil hier die Grundlage für die Mietenlenkung liegt. Die Senkung der Mieten durch vorhergesagene Einziehung ist eine Frage, die auch unsere Gemeinschaft eng berührt.

Von 25 000 Neubaumwohnungen in Berlin sind mehr als die Hälfte im Besitz von Kommune und gemeinnützigen Verbänden. Wenn wir also nicht zu einer Mietenlenkung durch Zinslenkung kommen, kann es unter Umständen nach dem geltenden Recht, dann durch Zwangsversteigerung zu einer Uebertragung von Gemeinbesitz in Privatbesitz kommen.

Wir verlangen also, daß die Mieten heruntergesetzt werden, daß, um dieses zu erreichen, zunächst die Zinsen für die ersten Hypotheken herabgesetzt werden müssen. Die Zinssausfälle steigen immer mehr an, es ist also höchste Zeit, hier energig vorzugehen. Die Sozialdemokratie hat bereits früher im Reichstag einen Gesetzesentwurf eingebracht, in der allerdings die Forderung der Zinslenkung noch fehlt, und die dann baldigst aufgenommen werden muß.

Aber nicht nur die Zinsen der Hypotheken müssen herabgesetzt werden, sondern auch die Amortisation der Hypotheken muß auf einige Jahre ausgesetzt werden. Wir sind weiter der Auffassung, daß wir keinen Ueberflus von Wohnungen haben. Obgleich wir 1200 leere Wohnungen in Berlin haben, besitzen viele Einwohner noch keine Wohnungen, da für sie nicht die Miete erschwinglich ist.

Wie stehen wir zum Mieterstreik? Wenn ein Mieterstreik mit vollem Erfolg bei 100 prozentiger Beteiligung durchgeführt wäre, so kann man auch eine gemeinnützige Einrichtung vernichten. In der Form ist also der Arbeiterstreik nicht allzu viel gebietet. Vielmehr muß und das hat weit größeren Erfolg, wenn man mit der ganzen Macht der Partei- und Gewerkschaftsbewegung Kräfte am geeigneten Ort ansetzt, um allen Mietern eine Kürzung zu verschaffen.

Wenn die Mieten in allen Wohnungen um 20 Prozent senkt würden, so könnte allein schon dadurch die Kaufkraft gehoben und auch damit die Wirtschaft belebt werden. Auch die Mietenlenkung ist eine eminent

wichtige Frage der Arbeitsbeschaffung. Gewerkschaften und Partei müssen nun mit ihrer ganzen Kraft für solche Forderungen einstehen.

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen nahm in der

Diskussion

zunächst Genosse Pache vom Neumieterschutzverband das Wort und setzte auf, was gerade die bisherige Regierung auf dem Gebiete des Wohnungsbaues unterlassen hat. Genosse Pache sprach von dem Altmieter-Verband wünscht für die Zukunft mehr Aktivität in der ganzen Wohnungsfrage. Die Mieterverbände haben ihre Daseinsberechtigung. Genosse Sparski steht in der Mietenfrage eine äußerst wichtige aktuelle Funktion, der wir mehr als bisher unsere Beachtung schenken müssen. Genosse Czapor kennzeichnet im einzelnen die Zustände, die zur Verteuerung der Mieten geführt haben. In Zukunft dürfen wir in der Wohnungsfrage nicht mehr so bescheiden als bisher sein und schärfere Kämpfe um sie führen.

Genosse Czornitz weist den Vorwurf zurück, daß die Partei zu passiv in der Mietenfrage gewesen wäre. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir fünf Wahlen in diesem Jahre gehabt haben, die unsere Kraft in Anspruch nahmen. Bei dem Vergleich mit Wien darf man nicht vergessen, daß Wien eben eine sozialistische Mehrheit hat. Genosse Karl Vietzsch schildert in kurzen Zügen die Arbeit der Stadtdirektorenfraktion auf diesem Gebiete, nur ist bei alledem zu bedenken, daß in der Hauptsache Mieterfragen durch Reich und Staat erledigt werden müssen. Zur Lösung einer rein ökonomischen Frage ist eine spezielle Organisation nicht notwendig. Sagt der Mieter, daß sie uns die Macht geben sollen, dann wären auch ihre Forderungen erfüllt. Genosse Voigt geht in seinem

Schlusswort

nach kurz auf die verschiedenen Ausführungen der Diskussionsredner ein. Im Parlament werden wir heute noch weniger unsere Forderung durchsetzen können, der außerparlamentarische Kampf wird also in dieser Frage eine andere Bedeutung erhalten. Wir wollen keine Kriegserklärung an die Mieterschutzverbände. Sie haben ihre Aufgaben, sie sollen nur wissen, daß nur dann ihre Forderungen Wirksamkeit erhalten, wenn Gewerkschaft und Partei dahinter stehen. Wir werden mit aller Entschiedenheit den Kampf mit den Mitteln führen, die Erfolg für die Sache versprechen. Beträumen zur Führung, geschloßen im Kampf, kann wird der Sieg in dieser Sache unfer sein.

Im abschließenden Schlusswort weist Genosse Ruffert darauf hin, daß auch Mietfragen Nachfragen sind. Daß die Sozialdemokratie auch in der augenblicklichen Situation für diese Fragen kämpft, bemühen unsere soben wieder im Landtag gestellten Anträge zur Winterhilfe.

Angenommen wurde einstimmig folgende

Entschließung:

„Die Reichstagsfraktion der SPD. wird ersucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln dafür zu kämpfen, daß die, gemessen an dem wirtschaftlichen Niedergang, der Einkommensschrumpfung und unter Berücksichtigung der Abwertung aller Sachwerte überhöhte Miete möglichst unter den Stand der Friedensmiete gesetzt wird. Die Versammelten haben Kenntnis genommen von dem Französischen Entwurf eines Gesetzes über Mietbeihilfen und Mietenlenkung. Die Versammlung erwartet, daß dieser Entwurf bald Gesetz wird. Sie empfiehlt, dabei weiter zu berücksichtigen, die Vorschläge des Hauptverbandes Deutscher Baugewerkschaften.

Zur Senkung der Mieten ist danach insbesondere auf eine Verminderung der Zinslasten aus den Hypotheken hinzuwirken. Ist die Zinslenkung nicht im Wege einer gesetzlichen allgemeinen Zinssenkung herbeizuführen, so muß durch planmäßige Umschuldung der übersteuerten Neubauten eine Mietenlenkung herbeigeführt werden. Ist eine allgemeine Zinslenkung nicht in aller kürzester Frist zu erreichen, dann müssen die Kommunen entsprechend den Vorschlägen der sozialdemokratischen Fraktion, größere Zinszuschüsse zur Senkung der Mieten gewährt werden. Die Tilgung für sämtliche Hypotheken ist auf drei Jahre auszuschieben. Erforderlichenfalls ist auch die Verzinsung der Hauszinssteuerdarlehen auszuschieben. Ebenso müssen die von den gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen zu tragenden Steuern und öffentlichen Abgaben, insbesondere die Grundsteuer und Grundvermögenssteuer weitgehend ermäßigt werden.

Nur wenn bewußt und planmäßig die Mieten den gesunkenen Einkommen angepasst werden, ist für die breite Masse des Volkes weiterhin die Mietzahlung möglich. Darüber hinaus erwartet die Versammlung der Eisernen Front von der Reichsregierung, daß sie die Hauszinssteuer ihrem eigentlichen Zweck, nämlich der Erziehung von Kleinwohnungen zu tragbaren Mieten, wieder zurückführt und Mietverbilligungen, bzw. Zinszuschüsse aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer den Kommunen zur Verfügung stellt.

Die gestrigen Demonstrationen

Zu den gestrigen Erwerbslosenparaden in den verschiedenen Stadtteilen wurden von der Polizei in einem amtlichen Bericht folgendes gesagt:

Am 6. Dezember in der Zeit von 11.30 bis 13.45 Uhr bildeten sich in den verschiedenen Stadtteilen besonders am Christophorplatz, in der Weidenstraße und in der Laßkowitzstraße sowie in der Ohlauer Straße verschiedene Ansammlungen in einer Stärke bis zu 250 Personen. Es handelt sich fast ausschließlich um Erwerbslose, die offenbar Demonstrationen beabsichtigten. Die Polizei verhinderte die Ansammlungen. Drei Personen wurden festgenommen, weil sie bei der Bildung von Umzügen führend in Erscheinung traten bzw. sich am Umzug beteiligten.

In den Abendstunden wurde in der Vorwerkstraße erneut versucht, eine Demonstration in Stärke von etwa 300 Personen zu bilden und den Schweidnitzer Stadtgraben in Richtung Schweidnitzer Straße entlang zu marschieren. Auch hier wurde die Ansammlung zerstreut, wobei vereinzelt der Polizeiknüppel angewendet werden mußte.

Auf der Bösch- und Vorwerkstraße sammelten sich etwa 500 bis 600 Kinder in Begleitung älterer Personen, die wiederholt Niedertritte ausbrachten. Auch diese Ansammlung wurde durch die zuständigen Beamten zerstreut.

Heiratschwindler

finden immer noch neue Opfer

Dieser Tage wurde der 38 Jahre alte Handelsvertreter Paul Stawinoga aus der Neuen Laßkowitzstraße verhaftet und ins Amtsgericht eingeliefert, weil er einer Hausangehörigen, mit der er einige Zeit verlobt hatte, 1578 Mark Ersparnisse abgezockt hatte. Er hatte seiner Braut, der er Heiratsversprechungen gemacht hatte, erzählt, daß er das Geld zur Einrichtung eines Buch- und Zeitschriftenvertriebes und zum Kauf eines ganz notwendigen Autos verwenden wolle. Gleichzeitig hatte er aber auch noch eine zweite Braut und zwar ebenfalls eine Hausangehörige, der er 50 Mark abzwang, um unter dem Vorwand, seine in Opfern befindlichen und mit Heirat mit ihr erlösbaren Papiere abholen zu können. Die Polizei ist zur Zeit damit beschäftigt, festzustellen, ob Stawinoga etwa noch weitere Braute hatte.

Goldsuche im Meer

Der Schatz in der Straße von Tschili

Die japanische Regierung genehmigte einen Vertrag zur Hebung des Kriegsschiffes „Petropawlowitz“, das mit 140 Millionen in gemünztem Golde unterging.

In unserem Zeitalter wissenschaftlicher Geologie, der Ausnutzung magnetischer Erdkräfte beim Auffinden von Erzlagern, hat die alte, auf kinstlichem Aberglauben beruhende Schatzgräberei keinerlei Existenzrecht mehr. Schätze werden heute nur noch mit den Mitteln wissenschaftlicher Erkenntnis und unter Anwendung aller technischen Errungenschaften gehoben. Die Schatzgräberei hat damit allen mystischen Zauber verloren und zwei verschiedene, einander ausschließende Wege betreten. Es gibt heute „Goldmacher“, die versuchen, durch Atomzertrümmerung die Elemente des Goldes, die Voraussetzung aller Schätze, zu erhalten, und es gibt noch Schatzsucher, die, gestützt auf wissenschaftliche Feststellungen über geologische Erscheinungen früherer Jahrhunderte, versuchen, alte Schätze an bekannten, bisher aber unzugänglichen Orten zu heben. Diesem Zweig der modernen Schatzgräberei ist das Goldsuchen auf dem Meeresgrunde entsprungen. Man hat festgestellt, wo und an welchem Tage die Schiffe von Gold- und Silberlotten versenkt, hat nach dem Kumpf jener Schiffe getaucht, die die kostbaren Schätze bergen und hat dann versucht, die Schätze wieder aus der Dunkelheit des Meeres ans Licht zu heben.

Aber in jenen Meeren, die Europa umfluten, gibt es jetzt drei solcher Versuche, von denen sich bisher einer gelohnt hat: die Bergung des Goldschiffes der „Goggy“ im Narmertkanal. Aber auch da stehen, wie bei den abergläubischen Schatzgräbern, die mit Laternen, Hacken und Schaufeln ausgerüstet, in Vollmondnächten auszuziehen, um ihre Schätze zu heben, die Anstrengungen in keinerlei Einklang mit den materiellen und physischen Opfern, die der modernen Schatzgräberei gebracht wurden. Im jernen Osten wird das Experiment wiederholt werden. Im russisch-japanischen Kriege flochten die Japaner das Gelbe Meer und sperren für das russische Reich den Seeweg nach dem Pazifik. Die Blockadewirkungen waren vor allem moralischer Natur, sie wirkten zerschlagend auf die Landfront ein. Der Zarismus versuchte deshalb mit goldenen Ketten die eiserne Umklammerung der Japaner zu sprengen. Jack London hat das in seinen Berichten aus jener Zeit meisterhaft geschildert. Zur Sprengung der Blockade und für den erfolgreichsten Ausgang des ganzen Unternehmens waren große Geldopfer und Goldtransporte zur chinesischen Küste erforderlich. Deshalb erhielt der russische Schlachtkreuzer „Petropawlowitz“ den Befehl, 140 Millionen gemünztes Goldes an Bord zu nehmen und damit durch die Blockade zur chinesischen Küste zu dampfen. Der Schlachtkreuzer war das schnellste und am besten armierte Schiff der russischen Flotte im Gelben Meer, die Japaner hatten keine gleiche Einheit dem Schiffe entgegenzustellen. Der Schlachtkreuzer dampfte auch los und wurde in der Straße von Tschili gesicht und von den kleinen japanischen Booten in den Grund geschossen. Er versank mit seiner Mannschaft und dem kostbaren Schätze in den Fluten. Nachdem die Japaner in der Mandchurie seinen Fuß gesicht hatten, tauchte sofort der Plan einer Hebung des versunkenen Goldes auf. Es hat aber Jahre gedauert, bis man den versunkenen Schiffsrumpf wieder fand. Durch Voruntersuchung wurde festgestellt, daß er nahe der Küste in einer Tiefe von neunzig Metern liege.

Als man endlich den Standort ausgemacht hatte, bildete sich eine Gesellschaft japanischer Finanziers, die sich die Hebung des Goldschiffes zur Aufgabe setzte. Jetzt hat die japanische Regierung dieser Goldsucherei auf dem Meeresgrunde ihre Sanktion gegeben unter der Bedingung, daß der Goldschatz der Staatskasse einverleibt wird — wenn er gehoben werden sollte. Aber das hat noch keine Schwierigkeiten, die weit größer sein dürften als etwa jene, die bei der Hebung der Schätze in europäischen Gewässern auftraten. Vor allem macht die scharfe Strömung und der heftige Sog in der Bucht von Dairen das Tauchen in solchen Tiefen zu einem Problem. Dann aber lassen auch die eigenartigen Strömungs- und Wetterverhältnisse ein dauerndes Tauchen und die ständige und notwendige Stationierung der Hebeschiffe fast unmöglich werden. Das ganze Experiment hat seiner ganzen Anlage nach das Aussehen, als wenn dem versunkenen Golde noch manches Opfer an Gut und Menschenleben gebracht werden müßte, bevor es möglich sein wird auch nur einen Teil wieder aus der dunklen Tiefe ans Tageslicht zu fördern. Aber, so ist es immer, Goldinteressen gehen anderen Lebensinteressen vor, und so wird die Goldsucherei auf dem Meeresgrunde bald doppelte Früchte tragen.

Urteil um die gefälschten van Gogh's

In dem zweiten Prozeß um die gefälschten van Gogh's wurde die Berufung der Angeklagten Wacker verworfen. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde per in der ersten Instanz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt angeklagte Kunsthändler Otto Wacker wegen fortgesetzten Betruges und schwerer Urkundenfälschung sowie Fälschungen zu einem Jahr sieben Monaten Gefängnis und 30000 Mark Geldstrafe oder weiteren 300 Tagen Gefängnis verurteilt.

Keine Bullerjahn-Entschädigung

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts beschloß, dem wegen Mangel an Beweisen von der Anklage des Landesverrats freigesprochenen Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn für die bisher erlittene Strafschuld von sechs Jahren drei Monaten und 18 Tagen Zuchthaus keine Entschädigung zuzubilligen. Nach dem Gesetz wird Entschädigung für erlittene Strafschuld nur dann gewährt, wenn die Anklage eines Verurteilten reitlos oder doch fast reitlos erwiesen ist. Das Reichsgericht glaubt, daß dieser Fall bei Bullerjahn nicht vorliegt.

Die Stellungnahme des Reichsgerichts ist wenig loyal. Bei einer sorgfältigeren und den Bestimmungen der Strafprozeßordnung entsprechenden Gerichtsverhandlung wäre der vierte Strafsenat des Reichsgerichts schon im Jahre 1925 zu einem Freispruch des Angeklagten gekommen. Die Begründung des Freispruchs aus dem Jahre 1932 bringt auch deutlich zum Ausdruck, daß sich das Gericht im Jahre 1925 geirrt hat. Es mag dem Rechtsempfinden genügen, wenn ein solch katastrophaler Irrtum revidiert wird. Das Gesetz der Menschlichkeit verlangt auch Wiedergutmachung.

Alkoholschieber

Die schweizerische Zollverwaltung hat der Genfer Firma Wegner AG eine Zollstrafe von acht Millionen Franken auferlegt. Die Firma hat durch Einfuhr von Alkohol 14 Millionen Franken Zoll hinterzogen. In die Zehnerwagen der Firma waren kleine Behälter eingebaut, die gefüllt mit billigem Kornwein, den darunter eingefüllten Spiritus verdeckten. Der Schmuggel ging über ein Jahr gut, bis auf einem inländischen Grenzbahnhof einer der Zinkernwagen beim Rangieren einen Zusammenstoß erlitt, so daß der Spiritus ausfloss. Die beiden hauptverantwortlichen Direktoren der Firma Wegner befinden sich seit der Entdeckung auf französischem Boden. In ihrem Hotel im Grenzort Annemasse gaben sie der Genfer Presse

Interviews über ihren Streich. Als Bestrafung hat die Firma Wegner ihre Arbeiter und Angestellten entlassen. Gegenwärtig finden Verhandlungen in Bern statt, um eine Ermäßigung der Zollstrafe zu erreichen.

Mit allen Bierdeckeln

In allen Straßenecken Berlins stehen augenblicklich Mannen aus Hitlers braunen Heerhaufen und jämmerlich raschelnd und klappernd Spenden für das Begräbnis der NSDAP. Ein besonders jammereifriger Nazi hatte sich sogar auf einen knochigen Schimmel geschwungen und strakte anhaltend die Rechte mit dem Hitlergruß gen Himmel, die Linke mit der Büchse Spendenfordernd nach unten. Als „Kampfliebhaber“ hatte sich der moderne Don Quixotte den Potsdamer Platz ausgesucht. Die komische Figur lockte begreiflicherweise eine dichte Schar von Neugierigen herbei und fröhliches Gelächter erscholl über den weiten Platz, bis die Polizei einschritt und Kopf und Reiter auf die Wache führte. Hier gelobte der SA-Mann feierlich, in Zukunft nicht wieder auf so groteske, aber eben reichlich verkehrshemmende Weise in den Sammelkrieg zu ziehen.

In der Herberge umgekommen

Zwei Wanderburschen wurden gestern morgen in der Herberge Landsberg (Ostpreußen) durch Kohlenoxyd vergiftet aufgefunden. Zwei von ihnen waren bereits tot. Die beiden anderen mußten in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Der letzte Akt

Am Dienstag wurde in Berlin-Westend die Wohnungseinrichtung Gertrud Bindernagels versteigert. Unter den Interessenten waren viele Freunde der ermordeten Sängerin.

Feuerüberfall auf einen Kraftwagen

Der mit mehreren Verionen beladete Kraftwagen des Lehrers Spreewald aus Ortelburg ist in der Nacht im Rudauer Wald überfallen worden. Über die Straße war ein Baumstamm gelegt worden. Als sich der Kraftwagen bis auf etwa 20 Meter dem Hindernis genähert hatte, fielen acht Schüsse, von denen einer Spreewald in den Kopf traf. Seinen Begleitern gelang es, den Wagen sofort zu wenden und den Verletzten in das nächste Krankenhaus zu bringen.

Wie später festgestellt wurde, war vor dem Baumstamm ein Drahtseil über den Weg gespannt gewesen, das aber bereits von einem vorher durchfahrenden Kraftwagen zerrissen worden sein muß.

Kleine Geschenke

Im Berliner Caro-Petschel-Prozeß ließ Professor Dr. Max Alsberg vor Beginn der Dienstag-Sitzung seinen Gegnern Justizrat Drucker und Rechtsanwalt Roth, je ein Geschenk machen mit jährlichen Gedichten, hölzernen Klapperschlangen und kleinen Ziegenböden als Angebinde zum St. Nikolausfest überreichen. Dieser Tag spielt im Caro-Petschel-Prozeß eine bedeutende Rolle, das Datum der Ausstellung der umstrittenen Manuskriptquittung. Geheimrat Caro hat nämlich darauf hingewiesen, daß das Datum des 6. Dezember fest in seinem Gedächtnis eingepreßt sei; weil der St. Nikolausfest stets lebhafteste Kindheits-erinnerungen in ihm erwecke.

Im übrigen wurde weiter plädiert. Der bereits seit fast Monaten währende Prozeß dürfte voraussichtlich in diesem Jahre nicht mehr zu Ende gehen.

Das Todesessen

In Paris ist eine aus Belgien stammende Schifferfamilie durch den Genuß verbotener Nahrungsmittel vergiftet worden. Die beiden Kinder der Familie, ein Knabe und ein Mädchen starben unter entsetzlichen Qualen. Der Schiffer und seine Ehefrau sind in ernstem Zustande in ein Krankenhaus eingeliefert worden.

Verurteilter Mörder

Das Schwurgericht Stendal verurteilte den Maurer Jela aus Stendal wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hat im Juni dieses Jahres seine Ehefrau Helene im Verlauf eines Streites mit dem Beil erschlagen. Nach der Tat verjante der Mörder den Leichnam in einen Brunnen.

Flugzeugabsturz in Staaten

Auf dem Flugplatz Staaten stürzte gestern nachmittag ein Klein-Sportmaschine aus bisher unbekannter Ursache ab. Die Führerin, ein Fräulein von Löben, erlitt schwere Verletzungen an deren Folgen sie abends gestorben ist.

Wölfe in Wolhynien

Ein Bauer wurde bei Kowel in Wolhynien von einem Rudel Wölfe überfallen und zerrissen. Zwei in der Nähe weidende Pferde wurden ebenfalls von den Wölfen angegriffen. Die Bevölkerung, die vor der überhandnehmenden Wolfsplage ständiger Furcht lebt, bereitet umfassende Maßnahmen vor.

50 Menschen ertrunken

Der japanische Zerstörer „Sawarbi“ ist im Sturm gesunken. 50 Mann ertranken, 14 wurden gerettet.

Deutsch-russische Freundschaft



Unser Bild zeigt rechts den Preußenkommissar und jetzigen Reichsinnenminister Dr. Bracht und Frau Chinchuk, die Gattin des Berliner Sowjetbotschafters, bei einem Zeitungsbesuch. Wie gefällt den kommunistischen Arbeitern diese Klassenkämpferische Bild?

Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Kottmar



Und wieder, bums! Da kommt der Gambo auf dem Tisch nieder. Jetzt ist Fleisch auf dem Tisch, lebendiges, frisches Fleisch, genau wie es der Bürgermeister gewollt hatte. Aber ich bezweifle doch, ob er gerade dieses Fleisch gemaint hatte; und ob es ihm nicht ein wenig schwer im Magen liegen wird!



Krit! Da stürzt der arme Bürgermeister die Treppe hinunter mit dem Löwen auf den Fetzen. Bald kommt er auf's Kopf auf den Schornstein hinauf und denkt: „Jetzt bin ich doch in Sicherheit!“ Allein, er hat keine Rechnung ohne den Wirt gemacht; mit wütenden Sprüngen wirft sich der Löwe gegen den Schornstein, bis das alte, verwitterte Ding anfängt zu wackeln.